



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Entente politik der Vorkriegsjahre

Siebert, Benno von

Berlin [u.a.], 1925

Viertes Kapitel. Die anglorussische Konvention von 1907 über Persien:
9.Oktober 1908 bis 26.Oktober 1910

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73564](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73564)

Viertes Kapitel.

Die russisch-englische Konvention von 1907 und Persien.

Memorandum des englischen Ministeriums des Auswärtigen vom
9. Oktober 1908.

Die englische Regierung hat das russische Memorandum, welches am 2./15. August dem britischen Botschafter in Petersburg über Eisenbahnbauten in Persien mitgeteilt worden ist, mit vielem Interesse und großer Aufmerksamkeit geprüft.

In bezug auf die wahre Natur der englischen Vorschläge scheint ein Mißverständnis entstanden zu sein. Indem das Londoner Kabinett sich an die russische Regierung wandte, hatte es nicht die Absicht, Eisenbahnbauten zu unternehmen, sondern beabsichtigte, ein Einvernehmen zu erzielen, um Eisenbahnkonzessionen für sich zu reservieren, welche sonst zum Nachtheile von England und Rußland hätten ausgebeutet werden können.

Die englische Regierung legt einem vollkommenen Einvernehmen mit der russischen Regierung in dieser Frage die größte Bedeutung bei; sie ist jedoch der Ansicht, daß eine Übereinkunft, die jetzt von den beiden Mächten mit Persien getroffen werden könnte, vorbeugender Natur sein sollte; die beiden Mächte müßten darauf ausgehen, sich derjenigen Unternehmungen zu versichern, die politische Bedeutung annehmen könnten, und zum Bau der Bahnen erst schreiten, wenn der richtige Augenblick hierfür gekommen.

Abgesehen von der Unsicherheit der politischen Situation, gibt es noch mehrere andere unbekanntere Faktoren, welche unter den obwaltenden Umständen ein definitives Eisenbahnprogramm in Persien unzeitgemäß erscheinen lassen, so z. B. das Fehlen

von vorbereitenden Arbeiten, in Südpersien wenigstens, ferner die endgültige Zusammensetzung der Bagdadbahn-Gesellschaft und auch die Ungewißheit, ob eine Zweiglinie von Bagdad nach Khanekin gebaut werden wird. Alle diese Erwägungen müssen abgewartet werden, bevor eine Bahn von Zulfa nach Mohammera mit Aussicht auf Rentabilität gebaut werden kann.

Die englische Regierung ist der Ansicht, daß in Anbetracht wichtiger politischer Erwägungen England und Rußland vollkommen berechtigt sind, zur Kenntnis der persischen Regierung zu bringen, daß sie, wenn Bahnen in Persien gebaut werden, das Vorzugsrecht für alle in Aussicht genommenen Konzessionen für sich beanspruchen, und zwar unter denselben Bedingungen wie diejenigen, welche der persischen Regierung von dritter Seite angeboten werden.

Brief des russischen Botschafters in London Wendendorff an das russische Außenministerium vom 9./22. Mai 1909.

Die Nachrichten, die ich über die innere Situation in Persien von allen mir zugänglichen Seiten erhalte, sind nicht erschöpfend genug, um mir ein positives Urteil zu erlauben, wie lange noch unsere Truppen auf persischem Territorium verweilen werden. Diese Nachrichten genügen jedoch, um mich zu veranlassen, Ihre Aufmerksamkeit auf die wichtige politische Seite dieser Frage zu lenken. Es kann kein Zweifel bestehen, daß das Erscheinen unserer bewaffneten Macht in Täbriz im gewollten Augenblick, nicht zu früh und nicht zu spät, nicht bloß seinen Zweck erreicht hat, nämlich die Ordnung und Sicherheit in der Stadt wiederherzustellen, sondern daß dadurch auch unser Prestige erhöht und die letzten Bedenken über unsere wahren Absichten zerstreut worden sind, indem die Ratschläge, die wir zusammen mit England dem Schah gegeben haben, dadurch eine Bekräftigung erfahren haben.

Ich fürchte und glaube jedoch, daß dieser gute Eindruck abgeschwächt wird, wenn unsere Truppen länger als durchaus

nötig in Persien gelassen werden. Im Lande selbst würden alle politischen Parteien unseren weiteren Maßnahmen mit Argwohn gegenüberstehen; dieser Argwohn würde unsern moralischen Einfluß erschüttern und wir würden uns in eine schwer entwirrbare Lage begeben: eine energische Aktion zur Aufrechterhaltung der Ordnung, die durchaus gerechtfertigt da, wo unsere Interessen im Spiele sind, würde, wenn sie länger als notwendig dauern sollte, die Aufgabe, die wir, mehr noch als England, uns gesetzt haben — nämlich die Beruhigung des Landes und die Wiederherstellung einer normalen Situation in Teheran —, außerordentlich erschweren.

Es ist augenscheinlich, daß die Anwesenheit unserer Truppen in Teheran eine antieuropäische Stimmung hervorrufen wird, deren Entwicklung unsere diplomatische Aktion ungünstig beeinflussen könnte. Das Ganze scheint mir eine Frage von Maßhaltung zu sein. Eine russische militärische Aktion im Norden und eine englische im Süden, örtlich und zeitlich begrenzt, ist sicherlich von Nutzen. Die Bedingungen, unter denen England in Buschir hat handeln müssen, sind augenscheinlich viel leichter, aber der Befehl, wieder zurückzugehen, ist, wie Sir Charles Gardinge mir sagte, bereits gegeben worden. Um meinen Gedanken zusammenzufassen: wir müßten unsere Truppen in Täbriz nur so lange lassen, als die Truppe dort notwendig ist, und uns streng an unser bisheriges Prinzip halten, militärisch nur dort zu intervenieren, wo dies durchaus erforderlich.

Ich weiß nicht, ob der Augenblick bereits gekommen ist, aber es will mir scheinen, daß eine plötzliche und vollständige Evakuation nachteilige Folgen nach sich ziehen könnte. Das beste Mittel, in Persien einen guten Eindruck hervorzurufen und über unsere weiteren Absichten zu beruhigen, wäre meiner Ansicht nach der Entschluß, einen kleinen Teil unserer Truppen zurückzuziehen, sobald die nötige Ordnung wiederhergestellt, und bis zur Bildung einer örtlichen Regierung nur eine Abteilung zurückzulassen, die den Charakter einer Sicherheitswache hätte. Die vollständige Evakuation müßte dann sobald als möglich folgen, schon um den Parallelismus zwischen England und Rußland herzustellen — denn dieser erscheint mir durchaus notwendig, um die Verhandlungen zu einem guten Ende zu führen,

welche nichts anderes bezwecken, als die Ruhe in Persien wiederherzustellen und die englisch-russische Kooperation zu erhalten.

Telegramm des russischen Botschafters in London Wendendorff an den russischen Außenminister vom 21. Mai/3. Juni 1909. — Nr. 77.

Hardinge sehr beunruhigt durch die scharfen Maßregeln, die wir in Täbriz ergriffen haben, so z. B. Zerstörung der Häuser. Er macht sich auf Interpellationen im Parlament gefaßt, die für die Regierung sehr peinlich sein dürften.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Wendendorff vom 23. Mai / 5. Juni 1909. — Nr. 969.

Der englische Botschafter Nicolson hat mir vertraulich den Inhalt von zwei von Grey erhaltenen Telegrammen mitgeteilt. Der Minister weist auf die Beunruhigung hin, die durch die unsern Truppen in Täbriz zugeschriebenen Handlungen in London hervorgerufen worden ist. Er fürchtet, daß das politische Einvernehmen, welches so glücklich zwischen den beiden Regierungen besteht, darunter leidet, da die britischen Behörden gezwungen werden könnten, gegen den Schah aufzutreten, wenn die russischen militärischen Behörden gegen die Nationalisten Partei ergreifen würden. Es erscheint ihm wünschenswert, die dem russischen General gegebenen Instruktionen nochmals zu bestätigen. Es wäre nützlich, einen Teil der russischen Truppen aus Täbriz zurückzuziehen. Grey ist von dem Wunsche beseelt, die engste Kooperation mit Rußland in persischen Fragen aufrechtzuerhalten. Er weiß sehr gut, daß dies auch der Wunsch der russischen Regierung ist. Er würde lebhaft bedauern, wenn er auf eventuelle Fragen im Parlament nicht antworten könnte, daß der russische General seine Instruktionen überschritten hat, und wenn er zugeben müßte, daß die beiden Regierungen nicht mehr im Einvernehmen handeln. Er hofft, daß die ausführlichen Berichte, welche die beiden Gesandtschaften aus Täbriz verlangt haben, die Lage klären werden.

Ich habe nicht verfehlt, dem Botschafter beruhigende Erklärungen abzugeben. Die russischen Truppen ergreifen nicht

Partei gegen die Nationalisten. Es hat einen Zwischenfall gegeben; man muß aber seine Bedeutung nicht übertreiben. Es ist wahr, daß der russische General es für seine Pflicht gehalten hat, energische Maßregeln gegen Gewalttaten, Räubereien und Provokationen unserer Truppen zu ergreifen. Sonntag abend wird eine besondere Beratung stattfinden, in deren Laufe dieser Zwischenfall geprüft werden wird, mit dem Wunsche, jedes Mißverständnis mit England zu vermeiden. Wenn nötig, werden die Instruktionen General Snarskis nochmals bestätigt werden. Ich selbst bin der Ansicht, und werde versuchen dieser Ansicht Geltung zu verschaffen, daß die Zahl unserer Truppen vermindert werden kann, sobald der neue persische Generalgouverneur, von Rußland und England empfohlen, an Stelle des unzulänglichen Vizegouverneurs nach Täbriz ernannt worden und sobald dieser die Möglichkeit gehabt haben wird, die Ordnung und die persönliche Sicherheit der russischen Untertanen und der Ausländer zu gewährleisten. Was den „Bast“ von Sattar und Baghir im türkischen Konsulat anbelangt, so hat dies nichts mit unsern Truppen zu tun. Die freiwillige Abreise dieser beiden Persönlichkeiten würde viel zur Wiederherstellung der Ruhe beitragen. Ich nehme mit Befriedigung von der Erklärung Greys Kenntnis, daß er überzeugt sei, die russische Regierung wünsche, das engste Einvernehmen mit England in persischen Fragen aufrechtzuerhalten.

Brief des russischen Botschafters in London Wendendorff an den russischen Außenminister vom 25. Mai/7. Juni 1909.

Sowie ich heute bei Grey eintrat, kam der Minister sofort auf die persische Frage zu sprechen. Er sagte mir, er habe von Nicolson Telegramme erhalten, die über die mit Guerer Excellenz stattgefundene Unterredung berichten — ich nehme an, es ist dieselbe Unterredung, deren Inhalt Sie mir telegraphisch mitgeteilt haben. Sir Edward sagte mir, er wolle klar betonen, daß, wenn die lange Anwesenheit unserer Truppen in Täbriz ihn beunruhige, dies durchaus nicht bedeute, daß die englische Regierung die Erstarkung unseres Einflusses in Nordpersien befürchte; daß dieser natürliche Einfluß in der Konvention vor-

ausgesetzt wurde; daß er schon früher bestand; daß England sich ihm durchaus nicht widersetzen wolle. Er sagte mir, er habe die letzten Ereignisse hauptsächlich vom parlamentarischen Standpunkte aus betrachten müssen, d. h. es sei wichtig für ihn, in der Lage zu sein, bestimmte Fragen im Unterhause durch ebenso bestimmte Erklärungen zu beantworten: er müsse erklären können, daß die Handlungsweise nicht bloß der russischen Diplomatie, über die ja kein Zweifel bestehe, sondern auch die Maßnahmen unserer Truppen genau mit dem von beiden Regierungen festgesetzten Programm übereinstimmen, — daß folglich die beiden Regierungen in völligem Einvernehmen handelten.

Dies ist der Fall gewesen, als die russischen Truppen persisches Territorium betraten, um einer Niedermehelung von Europäern vorzubeugen. Aber er fügte hinzu, daß seine Stellung sehr schwierig würde, wenn die russische Abteilung nach Wiederherstellung der Ordnung an Ort und Stelle bliebe; daß ein solcher Fall durch unser Abkommen nicht vorhergesehen sei; er könne nicht das Gegenteil behaupten und erklären, daß die dauernde russische Okkupation das Resultat eines Übereinkommens sei.

Ich habe geantwortet, daß mir die letzten Zwischenfälle noch nicht genügend geklärt scheinen und daß ich hoffe, daß die Berichte der beiden Konsuln in Täbriz neues Licht auf die Ereignisse werfen würden. Sir Edward erwähnte keine Einzelheiten und ich glaubte dasselbe tun zu müssen. Ich fügte jedoch hinzu, daß mit Bedauern festgestellt werden müsse, daß die türkische Diplomatie in dieser Frage mitgespielt habe. Sir Edward leugnete dies nicht, sagte jedoch, daß nach Zurückziehung unserer Truppen es viel leichter sein würde, von der Türkei zu verlangen, sie solle sich nicht in die persischen Fragen einmischen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Wendendorff an den russischen Außenminister vom 17./30. Juni 1909. — Nr. 114.

Grey sagte mir heute, er gebe sich völlig Rechenschaft, wie sehr die allgemeine Lage durch das drohende Vorgehen der Bathliari erschwert sei, und daß er nicht die Absicht habe, die Möglichkeit einer bewaffneten Intervention Rußlands in Teheran zu besprechen; er wolle nur unsere Aufmerksamkeit darauf lenken,

daß, wenn unsere Truppen die Ordnung in Teheran wiederherstellen, der letzte Rest des Ansehens der persischen Regierung, selbst nach Einführung von Reformen, schwinden müsse, denn alle unzufriedenen Elemente im Lande würden behaupten, daß der Schah in der Hand von Ausländern ist. Die Folge würde sein, daß die Unruhen nicht aufhören würden, und in den Provinzen würde vielleicht die örtliche Unabhängigkeit erklärt werden, was den Interessen der beiden Mächte außerordentlich schaden würde. Ich antwortete mit zwei Argumenten: 1. die Lage des Schahs müsse jetzt, da er die Ratschläge unserer Vertreter angenommen habe, anders beurteilt werden als zur Zeit, da er sich weigerte, unsern Ratschlägen zu folgen, oder seinen Verpflichtungen nicht nachkam; und 2. daß Rußland als Nachbarstaat ganz besondere Verpflichtungen habe. Auf's erste Argument erwiderte Grey, daß das Zutrauen zum Schah bereits erschüttert sei, da man wisse, daß er sich nur unter unserm Druck zu Reformen entschlossen habe, und daß die Anwesenheit von fremden Truppen den letzten Rest seines Prestige untergrabe; was unsere besondere Lage als Nachbarstaat anbetreffe, so leugnet er die Wichtigkeit dieses Argumentes nicht, hofft aber, daß die Anwesenheit unserer Truppen in Täbriz genüge, um die Ordnung nördlich von Teheran aufrechtzuerhalten, während in Teheran selbst die Kosakenbrigade gegen die Bakhtiari genügen müßte. Er wiederholte, er teile mir nur seine persönlichen Erwägungen mit. Ich glaube jedoch, daß die Möglichkeit einer Besetzung Teherans ihm viel größere Beunruhigung einflößt, als er mir gegenüber hat zugeben wollen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 19. Juni / 2. Juli 1909. — Nr. 1149.

Der englische Geschäftsträger hat mir ein Telegramm Greys mitgeteilt, in dem der Beunruhigung, die durch die Entsendung der russischen Truppen nach Persien hervorgerufen, Ausdruck gegeben wird. Er vertritt die Ansicht Barclays, daß diese Truppen eine antirussische und sogar antieuropäische Bewegung auslösen könnten und daß die persische Kosakenbrigade, von russischen Offizieren befehligt, zur Aufrechterhaltung der Ordnung

in Teheran genügt. Er deutet auch an, wie gefährlich es für uns sei, den Schah mit bewaffneter Hand zu unterstützen, was den Volkswillen gegen Rußland richten und dieses veranlassen würde, eine größere Anzahl von Truppen nach Persien zu schicken. Dies würde England notwendigerweise zwingen, auf die Politik der Entente mit Rußland in Persien zu verzichten. Wenn wir im Gegenteil den Ereignissen freien Lauf lassen und uns darauf beschränken, wenn nötig das Leben des Schahs zu beschützen, so könnte Rußland später eine günstigere Stellung in Persien einnehmen. Ich habe D'Veirne geantwortet, daß wir gar nicht daran denken, den Schah mit Waffengewalt zu unterstützen, noch in irgendeiner Form uns in die inneren persischen Angelegenheiten einmischen wollen; daß wir aber andererseits beunruhigende Nachrichten aus Teheran erhalten, und daß der von den Bakhtiari und den Kaswischen Revolutionären gegen Teheran gerichtete Angriff schwere Unruhen voraussehen läßt, denen die Kosakenbrigade, die im Augenblick sehr geschwächt, nicht gewachsen wäre, wodurch für die Gesandtschaften und die russischen und ausländischen Untertanen und Unternehmungen eine große Gefahr entstände. Unter diesen Bedingungen ist es unsere Pflicht, Schutzmaßregeln ins Auge zu fassen, und wir übernehmen eine schwere Verantwortung, wenn wir dies nicht tun. Zum Schluß habe ich dem Geschäftsträger versichert, daß die Entsendung unserer Truppen in der Richtung Rescht-Kaswin nur zum Schutze unserer Interessen erfolgt und nicht um dem Schah zu Hilfe zu kommen, dessen Geschick wahrscheinlich entschieden sein wird, ehe unsere Truppen an ihren Bestimmungsort gelangen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Wendendorff an den russischen Außenminister vom 20. Juni/3. Juli 1909. — Nr. 125.

Ihr Telegramm Nr. 1149 erhalten. In dem Auszuge, der mir von Grey mitgeteilt worden ist, befindet sich nicht die Phrase „auf die Politik der Entente mit Rußland in Persien zu verzichten“. Es sind die Worte angeführt: in diesem Falle „wird es uns unmöglich sein zu behaupten, daß die Politik der Nichteinmischung aufrechterhalten werden kann, und die ganze

Richtung der Politik in bezug auf Persien wird ernstlich geändert werden müssen“. Die Bedeutung dieses Satzes ist nicht ganz klar; ich bin vorsichtigerweise während unserer gestrigen Unterhaltung auf dieselbe nicht zurückgekommen. Aber die ganze Unterhaltung läßt mich annehmen, daß die Auslegung, die der englische Geschäftsträger der Phrase gegeben hat, verfrüht ist.

Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Jewolsky vom 30. Juni/13. Juli 1909. —
Nr. 146.

Nr. 1. Grey hat zwei Telegramme von dem englischen Gesandten in Teheran erhalten. Das erste teilt mit, daß Teheran von den Fidaïs besetzt und daß die Ordnung in der Stadt wenig gestört sei, drückt aber die Befürchtung aus, daß unser Geschäftsträger Sablin daran denke, die russische Kavallerie zu rufen. Grey hat D'Veirne telegraphiert und mir das Telegramm gezeigt. Er ist außerordentlich beunruhigt und sagt, daß das Erscheinen von russischen Truppen in Teheran in jedem Falle als eine militärische Intervention zugunsten des Schahs aufgefaßt werden würde, während gerade das allgemeine Mißtrauen dem Schah gegenüber die Ereignisse hervorgerufen hat. Die Folge würde sein, daß der Schah durch unsere Truppen allein gerettet würde. Grey meint, dies bedeute den Anfang des Zusammenbruches des Landes mit allen seinen Folgen. Er fragte mich, ob es wahr sei, daß wir noch weitere Truppen in Persien landeten. Er fürchtet, daß eine so große russische Armee das muslimännische Gefühl im ganzen Lande entfacht, das schon jetzt außerordentlich erregt sei. Ich erwiderte, daß meiner Überzeugung nach Sablin die russische Kavallerie nur zum Schutze der Gesandtschaften und der europäischen Institutionen herbeirufe, durchaus nicht zum Schutze der Regierung des Schahs. Nach meinem Besuch hat Grey noch ein weiteres Telegramm erhalten, das er mir mit einem Begleitschreiben zuschickt, dessen Wortlaut ich Ihnen sub 2 telegraphiere. Das Telegramm teilt einzelne Einzelheiten mit, fürchtet keine Gefahr für die Ausländer, sagt, daß keine Plünderungen vorgekommen seien und daß Sablin jetzt beruhigt sei. Grey sagt, er glaube, wir sind am kritischen

Augenblicke angekommen, von dem die Zukunft des Landes und unsere Rolle in demselben abhängen. Die Lage scheint mir ernst genug, um neuerdings die Erklärung abzugeben, daß unsere Truppen sich jeder Einmischung enthalten und sich darauf beschränken werden, die Gesandtschaften und die Europäer zu beschützen, daß die Zahl der nach Teheran beorderten Truppen das allernotwendigste Maß nicht überschreiten werden. Ueberhaupt müssen wir mit Klarheit feststellen, worin die Aufgabe unserer Truppen besteht und unter welchen Bedingungen sie wieder zurückbeordert werden. Dieser Punkt muß meiner Ansicht nach geklärt werden; denn sonst wird das Vertrauen, ich will nicht sagen zu unserer Regierung, aber zur Wirksamkeit unserer Politik und ihrer Resultate erschüttert werden. Grey hat mir wiederholt, daß eine Verstärkung der Gesandtschafts- oder Konsulatswachen durchaus gerechtfertigt sei. Ich bin auch der Ansicht, daß wir uns dem kritischen Stadium nähern, und daß jede Maßregel, welche als eine Einmischung zugunsten des Schahs ausgelegt werden könnte, uns eine schwere Verantwortung aufbürdet.

Telegramm des russischen Botschafters in London Wendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 30. Juni/13. Juli 1909.—
Nr. 147.

Nr. 2. Beifolgend der Wortlaut des Begleitbriefes: Dies Telegramm ist von Barclay erhalten worden, seitdem ich Sie gesehen habe. Es bestätigt, was ich sagte. Ich fühle mehr denn je, daß der jetzige Augenblick in Persien kritisch ist. Mäßigung und Geduld, um den rivalisierenden inneren Parteien die Möglichkeit zu geben, den Lauf der Dinge selbst zu bestimmen, sind durchaus notwendig, um die Möglichkeit zu haben, zu normalen Bedingungen in Persien zurückzutommen, in welchem Falle der russische Einfluß in Nordpersien nicht gelitten haben wird, ohne weitere Verantwortung und Opfer zu übernehmen, und ohne den Zusammenbruch in Persien. Die Einmischung in den inneren Streit der Parteien in diesem Augenblicke muß zum Zusammenbruch von Persien führen.

Telegramm des englischen Botschafters in Konstantinopel an das englische Außenministerium vom 1./14. Juli 1909.

Der britische Generalkonsul in Bagdad teilt telegraphisch mit, daß er heute als Vertreter der Ulemas, Mullah—Mohammed—Khorassani, den Schwiegersohn von Seyid Abdullah und Behihani empfangen hat. Diese versprechen, daß sie, sobald die russischen Truppen aus Persien zurückgezogen sind, die Ordnung in diesem Lande wiederherstellen können und wollen, und sie bitten inständig, daß England all seinen Einfluß anbietet, um dies zu erreichen. Sie behaupten, daß die russischen Truppen die reaktionäre Partei unterstützen und das Volk mißhandeln, das jetzt durch diese Maßregeln so erregt worden ist, daß es friedlichen Rat nicht mehr annehmen will. Die öffentlichen Gebete in Kerbela und Mejas sind unterbrochen worden und bei allen religiösen Zeremonien macht sich eine außerordentliche Erregung bemerkbar. Ulemas haben davon gesprochen, nach Persien zu gehen, um das Volk zur Erhebung aufzurufen, aber bis jetzt ist dies nicht geschehen. Soweit ich von hier aus urteilen kann, beginnt die Situation kritisch zu werden und eine Lösung kann nur nach der Zurückziehung der russischen Truppen gefunden werden.

Brief des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 7./20. Juli 1909.

Sonnabend morgen brachten die Telegramme der Times die Nachricht von der plötzlichen und friedlichen Lösung der Krise in Teheran. Die Telegramme Euerer Exzellenz haben mich gestern nachmittag erreicht, nachdem Grey und Hardinge die Stadt bereits verlassen. Ich mußte übrigens dies selbst tun, um den Sonntag bei Lord Clarendon auf dem Lande zuzubringen, wo ich dem König begegnen sollte.

Meine ersten Eindrücke wurden folglich durch die Worte des Königs beeinflusst. Seine Majestät sagte mir, daß die Dinge sich nicht besser hätten entwickeln können und daß er hoffe, daß der Waliagb zum Schah ausgerufen werden würde, wie wir es verabredet, und daß dies auch das natürlichste wäre. Der König

drückte die Hoffnung aus, daß der Regierungswechsel sich möglichst friedlich vollziehen würde.

Gestern habe ich Grey gesehen. Er sagte mir, wie zufrieden er sei. Bis jetzt ginge alles gut; nichts Stabiles hätte unter dem abgedankten Schah errichtet werden können; er hatte das allgemeine Zutrauen verloren, und nicht zu Unrecht. Sir Edward sagte mir, er schätze die Mäßigung und Voraussicht der russischen Regierung in der Frage der Truppensendungen; er wisse, ein wie starker Druck in Teheran auf Sablin ausgeübt worden wäre, und er sprach von Sablin in anerkennungsvoller Weise. Ich wiederhole, sagte er, daß es unsern Interessen widerspricht, wenn Rußland im Norden Persiens unpopulär ist. Es wäre jedenfalls so geworden und sein Prestige hätte nur auf der Macht der Waffen beruht, was eine große Gefahr bedeute.

Sir Edward hofft, daß der Schah bald die russische Grenze überschreiten werde, selbst wenn man zu diesem Zwecke zur Überredung schreiten müsse; er meint, daß die Anwesenheit des abgedankten Schahs die Geister nur beunruhigen und Intrigen hervorrufen würde, die im Anfang einer Regierung stets sehr gefährlich. Zum Schlusse wiederholte mir Grey, daß er zu seiner großen Zufriedenheit feststellen könne, daß die Lösung der Krise, wenn die Lage sich nicht verändere, der ganzen Welt und auch besonders einigen politischen Kreisen in London bewiesen habe, daß unsere Zusammenarbeit in Persien wirksam sei und daß die englisch-russische Konvention aus dieser Krise gestärkt hervorginge. Die gemeinsamen Anstrengungen der beiden Regierungen und die Gewandtheit unserer beiden Vertreter in Teheran, sagte er, haben denjenigen den Boden unter den Füßen entzogen, die unsere Konventionen wieder anzugreifen begannen unter dem Vorwand, die englisch-russische Konvention entspreche nicht den englischen Interessen, — eine sehr wenig zahlreiche, aber sehr lärmende Gruppe.

Ich antwortete, es wäre Zeit, die Legende von russischen annexionistischen Absichten zu zerstören und zu verstehen, daß alle ernstern Leute in Rußland einen solchen Gedanken zurückweisen.

Brief des russischen Botschafters in London Bendendorff an das russische Außenministerium vom 3./16. August 1909.

Eure Excellenz kennen bereits die sehr zufriedenstellenden Resultate, die die Unterredungen Iswolskys mit den englischen Ministern während der Anwesenheit Ihrer Majestäten in Cowes gezeitigt haben.

Abgesehen von Fragen mehr allgemeiner Natur hat ein prinzipielles Einvernehmen über die kretische Frage und über die Beziehungen zur Türkei ohne Schwierigkeit erzielt werden können. Ich will mich hier nur darauf beschränken, einige Einzelheiten über die persischen Angelegenheiten mitzuteilen.

Auch hier herrschte im Prinzip völliges Einvernehmen. Es handelte sich jedoch darum, die schwierige Frage zu lösen, unter welchen Bedingungen unsere Truppen zurückgezogen werden könnten. Um diese Maßregel zu beschleunigen, brachte das Londoner Kabinett Gründe vor, denen gewisse Bedeutung nicht abzuspochen war, doch zeigte es dabei nicht mehr die frühere Hartnäckigkeit. Die öffentliche Meinung in England begann zu fürchten, daß, trotz der guten Absichten der russischen Regierung, die zeitweilige Anwesenheit der russischen Truppen de facto zu einer ständigen Besetzung Persiens führen könne, was die Frage der strategischen Sicherung der indischen Grenze aufgeworfen und die Wirkung der Konventionen gelähmt hätte. Die Anwesenheit unserer Truppen hätte weit über die Gegenden hinaus, in denen sie sich befanden, eine geistige Bewegung auslösen können, die sich im Orient und hauptsächlich in der Türkei verbreitet und sowohl die unsrigen wie auch die englischen Interessen bedroht hätte. Außerdem hätte dies in Persien selbst Feindseligkeiten gegen Rußland hervorgerufen, was zu weiteren Unterdrückungsmaßnahmen unsererseits geführt hätte.

Ohne diesen Erwägungen Berechtigung abzuspochen, ist es unserm Minister gelungen, den logischen Beweis zu erbringen, daß, selbst wenn wir jetzt unsere Truppen zurückziehen könnten, sie vielleicht zum zweiten Male in Persien eindringen müßten und daß eine zweite Evakuierung viel schwieriger vor sich gehen würde als die erste. Grey hat übrigens zugegeben, daß die englischen Befürchtungen durch den Beweis der Uninteressiertheit

entwaffnet wurden, den wir dadurch erbrachten, daß wir unsere Truppen vor den Toren Teherans während des Regimewechsels zurückhielten. Dieser Teil der Unterredung, der Asquith, Sir A. Nicolson und ich bewohnten, diente nur sozusagen als Einleitung zur Aufstellung unseres weiteren gemeinsamen Programms. Grey begann mit dem Hinweis darauf, daß England natürlich daran liege, sein Ansehen in seiner Interessensphäre zu erhalten, daß es aber durchaus nicht beabsichtige, daß der russische Einfluß im Norden durch die jetzigen Ereignisse in irgendeiner Weise geschwächt werde; daß es im englischen Interesse liege, daß das russische Ansehen, das berechtigterweise immer bestanden habe, selbst vor Abschluß der Konvention, erhalten bleibe; daß folglich die russische Regierung in allen Fragen, in denen die russischen Interessen auf dem Spiele stehen, auf die Unterstützung Englands rechnen könne.

Sir Edward führte drei Beispiele an: er gibt zu, daß die ausländischen Offiziere in persischen Diensten nur Russen sein könnten; daß der russische Erzieher des jungen Schahs nicht durch einen englischen Erzieher, weder durch Lindley noch einen anderen, ersetzt werden dürfe; daß England uns helfen werde, die Absichten Zillis, den Thron zu ergreifen, zu durchkreuzen. Als Iswolsky auf die Anomalie hinwies, daß ein kaukasischer Revolutionär, der russischer Untertan sei, als persischer Polizeiminister amtiere, pflichtete Grey dieser Ansicht bei.

Man besprach verschiedene Fragen, u. a. auch die Nationalität der finanziellen Beiräte und der Zollbeamten. Aber die Lösung dieser verwickelten Frage ist auf später verschoben worden, nachdem Erwägungen mehr negativer Natur die vollkommene Übereinstimmung unserer Auffassung bestätigt hatten.

Was die Zollverwaltung anbelangt, so meinte Grey, es wäre am einfachsten, wenn die im Norden hypothekierten Zollämter von Russen und die im Süden von Engländern verwaltet würden. Aber er selbst führte dagegen an, daß eine derartige Handlungsweise zu sehr einer Aufteilung Persiens ähneln würde.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 8./21. Januar 1910. — Nr. 38.

Der deutsche Botschafter hat mir im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt, die deutsche Gesandtschaft in Teheran habe erfahren, Rußland und England hätten verabredet, außer russischen und englischen nur französische Untertanen als Beiräte in persischen Diensten zuzulassen. Graf Pourtales ist beauftragt zu erklären, daß die deutsche Regierung durchaus bereit ist, die Vorzugsstellung Rußlands und Englands in Persien anzuerkennen, daß es aber andererseits darauf bestehen müsse, daß den Untertanen einer dritten Macht deutschen Untertanen gegenüber keine privilegierte Stellung eingeräumt werden könne. Ich habe geantwortet, daß ich die nötigen Erkundigungen einziehen und dem Botschafter eine genaue Antwort geben werde. Ich halte es für nötig, ehe ich diese Frage mit Pourtales weiter erörtere, mit dem Londoner Kabinett, an welches wahrscheinlich eine ähnliche Anfrage gerichtet worden ist, ein genaues Einvernehmen zu erzielen, und bitte Sie, Grey zu fragen, welche Antwort wir der deutschen Regierung geben sollten. Unsererseits halten wir es für nötig, folgendes zu antworten: „Die deutsche Anfrage ist wahrscheinlich dadurch hervorgerufen, daß die persische Regierung die Absicht hat, einige Franzosen als Gehilfen Vizots anzustellen. Diese Frage ist noch im Januar vorigen Jahres angeregt worden, als die persische Regierung, ohne Rußland und England zu befragen, sich direkt an die französische Regierung mit der Bitte wandte, Franzosen als Gehilfen des genannten finanziellen Beirates nach Persien einzuladen. Auf Anfrage der französischen Regierung haben Rußland und England geantwortet, sie haben gegen diese Bitte der persischen Regierung nichts einzuwenden, da es ganz natürlich sei, daß Vizot sich Landsleute auswählt. Augenblicklich handelt es sich wahrscheinlich um dieselbe Maßregel. Es handelt sich jetzt nicht um die Anstellung irgendwelcher anderer Ausländer und von einem zwischen Rußland und England getroffenen Abkommen, auf welches Graf Pourtales hinwies, nur Franzosen als Beiräte anzustellen, ist nicht die Rede gewesen. Wir nehmen mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die politische Vorzugsstellung Rußlands und Eng-

lands in Persien von der deutschen Regierung anerkannt wird, und können nur erklären, daß im Falle der Anstellung von Ausländern in Persien, außer Russen und Engländern, wir nicht die Absicht haben, den Untertanen einer dritten Macht irgendwelche Vorrechte einzuräumen. Da man jedoch in Betracht ziehen muß, daß die Anstellung von Beiräten eine politische Frage ist, weil sie sich auf die administrative Organisation Persiens bezieht, und da zudem Rußland und England die einzigen und sehr bedeutenden Gläubiger dieses Landes sind, so haben diese beiden Staaten das unbedingte Recht zu verlangen, daß die persische Regierung ausländische Beiräte nur nach vorheriger Vereinbarung mit Rußland und England anstellt.“ Benachrichtigen Sie mich bitte von der Antwort Greys.

Telegramm des russischen Botschafters in London Wendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 13./26. Januar 1910. — Nr. 6.

Ihr Telegramm Nr. 38 erhalten. In Beantwortung meiner Mitteilung übergibt mir Grey folgendes Memorandum: Es ist richtig, daß die Bitte, Beiräte zu bezeichnen, im Januar 1909 von der persischen Regierung direkt an die französische Regierung gerichtet worden ist, und daß unsere beiden Regierungen sich darauf beschränkt haben, letztere zu benachrichtigen, daß sie keine Einwände erheben. Es wäre hingegen schwierig zu behaupten, wie es im russischen Projekt gesagt ist, daß die Frage der Ernennung anderer Ausländer nicht aufgeworfen worden ist, denn eine der Bedingungen der 10-Millionen-Franken-Anleihe bestimmt, daß die persische Regierung unverzüglich die französische Regierung bitten müsse, sieben weitere Beamte zu ernennen.

Die deutsche Regierung würde diese Ernennungen ohne Zweifel erfahren, ebenso den Druck, der bei dieser Gelegenheit von den beiden Regierungen ausgeübt worden ist, und Deutschland würde auf diese Weise Grund haben, sich zu beklagen, daß die ihm gegebenen Versicherungen nicht eingehalten worden sind. Grey unterbreitet folglich Guerer Excellenz folgendes Antwortprojekt: „Die russische Regierung nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß Deutschland die besondere Stellung

Rußlands und Englands in Persien anerkennt. Sie nimmt an, daß die deutsche Regierung bei ihrer Anfrage die Ernennung eines französischen Generalschatzmeisters und eines Finanzinspektors im Jahre 1909 im Auge hatte. Die russische Regierung möchte bemerken, daß diese Ernennungen durch die persische Regierung auf Empfehlung von Bizot, dem finanziellen Beirat, erfolgt und von russischer und englischer Seite bloß bestätigt worden sind. Es ist natürlich, daß Bizot französische Mitarbeiter vorzieht, aber es besteht kein Einvernehmen zwischen Rußland und England bezüglich einer Einschränkung der Ernennung von ausländischen Beiräten, wenn diese weder Russen noch Engländer sind. Das Recht der persischen Regierung, die ihm genehmen Persönlichkeiten zu Ämtern in seiner eignen Administration zu ernennen, ist unleugbar, aber Rußland und England als Nachbarstaaten Persiens und als seine Gläubiger haben spezielle Interessen, die ihnen das Recht geben zu verlangen, daß derartige Ernennungen ihnen zuerst unterbreitet würden." Grey sagt, er habe noch keine analoge Anfrage von seiten der deutschen Regierung erhalten; wenn eine solche stattfindet, so werde er im obigen Sinne antworten, falls dies Ihre Zustimmung findet.

Telegramm des russischen Außenministers Tschwolsh an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 18./31. Januar 1910. — Nr. 98.

Ihr Telegramm Nr. 6 erhalten. Nr. 1. Das Greysche Projekt erwähnt nicht den sehr wichtigen Punkt des politischen Charakters der ausländischen Beiräte. Wir messen diesem Punkte deshalb so große Bedeutung bei, weil die deutsche Regierung uns formell erklärt hatte, daß es in Persien nur ökonomische und nicht politische Ziele verfolge. Außerdem hebt dieses Projekt nicht genügend den Unterschied hervor, der zwischen Beamten an der Spitze von verschiedenen Ressorts — dies meint augenscheinlich der deutsche Ausdruck „Beirat“ — und den sieben Franzosen besteht, die man als Gehilfen Bizots anzustellen beabsichtigt. Wir haben folglich einige Änderungen in dem von Grey vorgeschlagenen Texte vorgenommen. Sie erhalten unser Konterprojekt unter Nr. 2.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 18./31. Januar 1910. — Nr. 99.

Nr. 2. „Die russische Regierung nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß Deutschland die besondere Stellung Rußlands und Englands in Persien anerkennt. Sie nimmt an, daß die deutsche Regierung die beabsichtigte Anstellung von sieben Franzosen als Gehilfen Vizots im Auge hat. Es ist zu beachten, daß im Januar 1909 die persische Regierung auf Anraten Vizots sich direkt an die französische Regierung gewandt hat, um die Ernennung von zwei Franzosen als Gehilfen des finanziellen Beirates zu erbitten, und daß Rußland und England, von Frankreich befragt, ihre Zustimmung gegeben haben, da es natürlich sei, daß Vizot Landsleute als seine Gehilfen vorziehe. Augenblicklich handelt es sich nur darum, die Zahl der Gehilfen des finanziellen Beirates auf sieben zu erhöhen. Was die Frage anbelangt, andere Ausländer als Beiräte in den verschiedenen persischen Administrationen anzustellen, so ist diese Frage noch nicht aufgeworfen worden. Auf alle Fälle ist es noch zu keinem Einvernehmen zwischen Rußland und England gekommen, welches die Ernennung von Ausländern beschränkt, wenn es sich weder um Russen noch um Engländer handelt. Das Recht der persischen Regierung, sich selbst die anzustellenden Persönlichkeiten auszuwählen, ist unbestreitbar, aber man muß in Betracht ziehen, daß die Frage der Beiräte eine durchaus politische ist, da sie sich direkt auf die administrative Organisation Persiens bezieht, und daß Rußland und England als Nachbarstaaten und Hauptgläubiger spezielle Interessen besitzen, welche ihnen das Recht geben zu verlangen, daß derartige Ernennungen ihrer Zustimmung unterbreitet werden.“

Brief des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 20. Januar/2. Februar 1910.

In Abwesenheit Greys habe ich ihm ein Memorandum zugestellt, welches die Antwort enthält, welche Sie gemäß Ihrem Telegramm Nr. 98 dem Grafen Pourtales zu geben gedenken. Sir Charles Hardinge war überdies vom deutschen Schritt ziem-

lich betroffen und hat mir später gesagt, daß ihm persönlich die von Ihnen in Aussicht genommene Antwort durchaus zweckmäßig erscheint.

Als ich Grey sah, wiederholte er mir ungefähr dasselbe, fügte jedoch hinzu, daß, wenn die Erklärung des Grafen Portalès insofern mit Befriedigung aufgenommen werden könne, als sie die speziellen Interessen Rußlands und Englands in Persien anerkenne, die Frage jedoch andererseits auf ein äußerst schwieriges Terrain versetzt werde, und daß eine Argumentation schwierig würde. Er meint, die Worte des deutschen Botschafters bedeuten im Grunde genommen: „Wir erkennen den Russen und den Engländern eine privilegierte Stellung zu, handelt es sich aber um andere Nationalitäten, so müssen alle auf gleiche Weise behandelt werden.“ Dies Prinzip, sagt Sir Edward, ist leicht zu verteidigen, weil es nicht unberechtigt ist, und es ist schwer anzugreifen, obwohl die Verhandlungen, die sich auf die Anleihe und selbst auf den Vorschuß von 400 000 Pfund beziehen, uns beweisen, daß wir dies Prinzip nicht aufrechterhalten können.

Er überreichte mir gleichzeitig einen Gegenvorschlag und bemerkte, es scheine ihm sicherer, nicht behaupten zu wollen, daß die Frage der Ernennung von neuen ausländischen Angestellten noch nicht aufgeworfen worden wäre.

Brief des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 25. Februar/10. März 1910. — Nr. 171.

Aus beiliegender Kopie eines Telegrammes unseres Gesandten in Teheran ersehen Sie, daß die Berufung von sieben Franzosen in das persische Finanzministerium den deutschen Gesandten in Teheran beunruhigt, welcher einen derartigen Schritt der persischen Regierung als mit den deutschen Interessen unvereinbar betrachtet. Aus einer anderen, sehr geheimen Quelle ist mir bekannt, daß Graf Quadt in dieser Ernennung eine direkte Bedrohung des Grundsatzes der offenen Tür zugunsten Deutschlands und anderer mit Persien Handel treibender Nationen erblickt, und daß er außerdem auch einige andere Bedingungen, die wir und England der persischen Re-

gierung anlässlich des Vorschusses von 10 Millionen Franken gestellt haben, als eine Verletzung der Unabhängigkeit Persiens betrachtet, ohne irgendwelche Kompensation zugunsten Deutschlands zu bieten. Er hat deshalb dem Berliner Kabinett geraten, von uns und England zu verlangen, daß die von uns gestellten Bedingungen einer Kontrolle der persischen Finanzen beseitigt und der Inhalt aller übrigen Bedingungen mitgeteilt wird. Ich muß hierzu bemerken, daß, seitdem wir dem Grafen Pourtales die gemäß meinem Telegramm Nr. 99 redigierte Antwort gegeben haben, keine weitere Mitteilung von Seiten des Berliner Kabinetts erfolgt ist. Wenn dies der Fall sein sollte, so habe ich die Absicht, die frühere Antwort zu wiederholen und darauf hinzuweisen, daß schon jetzt außer Franzosen noch andere Ausländer in persischen Diensten stehen, z. B. Belgier, welche die ganze Zollverwaltung unter sich haben, und ich werde kategorisch in Abrede stellen, daß wir das Prinzip der offenen Tür in Persien nicht beobachten wollen. Wenn sodann die deutsche Regierung auf die übrigen Bedingungen des Vorschusses zu sprechen käme, so habe ich nichts dagegen, der deutschen Regierung deren Inhalt vertraulich mitzuteilen; ich werde dabei den politischen Charakter betonen und behaupten, daß sie den ökonomischen Interessen der übrigen Staaten in Persien keinen Schaden zufügen, welche ihrerseits nicht umhin können, die besondere Stellung und die Vorzugsrechte Rußlands und Englands in diesem Lande anzuerkennen.

Es scheint mir jedoch notwendig, zuerst ein Einvernehmen mit England zu erzielen, und ich bitte Sie deshalb, den Inhalt dieses Briefes zum Gegenstand einer Unterredung mit Sir Edward Grey zu machen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 2./15. März 1910. — Nr. 51.

Ihr Brief Nr. 171 erhalten. Der Inhalt desselben ist schon telegraphisch erörtert worden und ich will daher Greys Ansicht nur kurz zusammenfassen. Er glaubt, man müsse den Abschluß der Anleihe beschleunigen, um eine deutsche Einmischung zu verhindern. Er glaubt, daß unsere Argumente zugunsten der

Anstellung von Franzosen einer soliden Grundlage entbehren, da es sich weder um Engländer noch um Russen handelt. Grey glaubt daher, man solle auf eine derartige Bedingung verzichten. Bizot könnte seine Gehilfen in anderen Ländern, die nicht Großstaaten sind, wählen. Grey befürchtet in hohem Grade, daß die Ankunft von russischen Verstärkungen in Persien einen Eindruck hervorrufen wird, der den Abschluß der Anleihe außerordentlich erschweren könnte. Er wiederholte, er sähe keinen andern Ausweg, als unsere Kaswiner Abteilung zurückzurufen, da Teheran nicht bedroht sei. Was die Frage der Mitteilung der Bedingungen der Anleihe anbelangt, so will Grey bis morgen überlegen. Er sagte, ihm wäre es gleichgültig, wenn Deutschland diese Bedingungen erführe, aber er befürchtet, daß Deutschland diese Bedingungen auf diplomatischem Wege erfahren will, um dann andere Fragen aufzuwerfen, so z. B. die der Eisenbahnen. Die Form beunruhigt ihn mehr als die Sache selbst. Grey berichtete mir über einen Schritt des hiesigen deutschen Botschafters. Die Einzelheiten hierüber brieflich.

Telegramm des russischen Botschafters in London Wendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 3./16. März 1910. — Nr. 52.

Fortsetzung meines Telegrammes Nr. 51. Grey hat im Prinzip keine Einwendungen dagegen, daß wir die Bedingungen der persischen Anleihe dem Berliner Kabinett vertraulich mitteilen. Aber seiner Ansicht nach wäre eine solche Mitteilung nicht ohne Gefahr. Eine derartige deutsche Anfrage würde darauf hinweisen, daß das Berliner Kabinett die Absicht hat, Einsprüche gegen die eine oder andere Bedingung zu erheben, die sie wahrscheinlich schon durch die persische Regierung kennt, und daß ein derartiger deutscher Schritt nur den Anfang einer weiteren Entwicklung bedeutet. Er hält es für sehr möglich, daß die deutsche Regierung die Frage der Eisenbahnbauten in Persien aufwerfen wird, und Grey hält gerade diese Frage im Sinne unserer Konvention für außerordentlich wichtig. Grey bittet mich, Ihnen diese Erwägungen mitzuteilen.

Brief des russischen Botschafters in London Bentsendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 3./16. März 1910.

Grey hat mir folgende Einzelheiten über seine Unterredung mit dem deutschen Botschafter Metternich mitgeteilt. Die Sprache Metternichs war viel zögernder, als es beim Grafen Bourtales gewesen zu sein scheint. Im Auftrage seiner Regierung sprechend erklärte er zuerst, daß Persien Deutschland 10 000 Pfund Sterling schuldet, und es wäre nur billig, wenn der Vorschuß dazu verwendet würde, diese Schuld zu begleichen. Er berief sich dabei auf den Umstand, daß die englische Regierung Persien Zahlungen leiste und daß es auf diese Weise die ihr geschuldeten Summen zurückerhalte, während Deutschland über kein derartiges Mittel verfüge. Grey erwiderte, der Botschafter irre sich. England leiste keinerlei Zahlungen und sein Guthaben und selbst die Zinsen desselben würden durch die Gewährung eines Vorschusses nicht berührt, da letzterer ausschließlich dazu dienen solle, die dringendsten Bedürfnisse der persischen Verwaltung zu befriedigen; bei einer größeren Anleihe würde dies vielleicht anders sein, aber nicht heute. Sodann erwähnte Metternich den Umstand, daß die Gewährung eines Vorschusses die Anstellung von Ausländern nach sich ziehen würde, und daß in diesem Falle Deutschland auf Grund des Prinzips der offenen Tür nicht zulassen könne, daß deutsche Untertanen umgangen würden. Grey antwortete, es handele sich in Wirklichkeit nicht um neue ausländische Beamte, die es bereits in Persien gäbe, sondern man wolle Bizot einige Gehilfen geben, welche natürlich Franzosen wie er sein würden, was ganz natürlich sei. Metternich sagte, die deutsche Regierung habe gerade diese Berufung von Franzosen im Auge, da dadurch die persischen Finanzen in ausschließlich französische Hände geraten würden. Grey erwiderte, das Prinzip der offenen Tür scheine ihm aber in keinem Falle verletzt. Grey teilte mir sodann die persönlichen Erwägungen mit, die den Gegenstand meines gestrigen Telegrammes bilden. Er meint, wir sollten auf dieser Bedingung nicht länger bestehen. Würde es sich um Russen oder Engländer handeln, so ständen wir auf sicherem Boden. Die politische Lage und englisches Kapital würden uns berechtigen, dies Privileg zu beanspruchen.

Anders liegen die Dinge, wenn es sich um Franzosen handelt, eine Wahl, die die Deutschen in Wirklichkeit ausschließt, denen also nicht die gleiche Behandlung wie den Angehörigen anderer Nationalitäten zuteil wird. Grey findet unsere Argumente nicht stichhaltig. Seiner Ansicht nach kann die Lage in Teheran kritisch werden und es sei notwendig, die Anleiheverhandlungen zu einem schnellen Abschluß zu bringen. Das Haupthindernis sieht er in der Anwesenheit unserer Truppen in Kaswin. Wenigstens scheint es ihm zweifelhaft, daß die Verhandlungen zu einem Ergebnis führen werden, solange unsere Truppen dort bleiben, ohne daß ihre Anwesenheit durch die Möglichkeit von Unruhen in Kaswin oder in Teheran begründet ist. Ich bemerkte dem Minister, es würde schwer sein, diese Frage während der Verhandlungen zu berühren. Sir Edward gab dies zu, meinte aber, man könnte dies durch eine gewisse „Gewandtheit“ in Teheran erreichen: unsere gemeinsamen Interessen seien wichtiger als alles andere.

Brief des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 3./16. März 1910.

Im Laufe der gestrigen vertraulichen Unterredung sagte ich Grey, Sie hielten es für möglich, daß die deutsche Regierung den Wunsch äußern würde, die Bedingungen kennenzulernen, die Rußland und England an die Gewährung einer Anleihe geknüpft hätten. Sir Edward antwortete mir einigermaßen zögernd, er habe im Grunde genommen keine Einwendungen zu machen, wolle sich aber die Sache noch überlegen, und bat mich, ihn heute wieder aufzusuchen. Er hat mir soeben erklärt, daß er im Prinzip keine Einwendungen habe, da er es für mehr als wahrscheinlich hält, daß Deutschland diese Bedingungen von den Persern bereits erfahren hat. Aber gerade diese Annahme ruft in ihm folgende Erwägungen wach. Wenn Deutschland die Bedingungen kennt, so hat es augenscheinlich den Wunsch, gegen die eine oder andere Einwendungen zu erheben, und zu diesem Zwecke muß es sie auf offiziellem Wege in Erfahrung bringen. Dies ist wahrscheinlich die deutsche Absicht, und die Bedingung, gegen die Deutschland, wie Grey glaubt, protestieren

wird, ist wahrscheinlich die Frage der Eisenbahnbauten in Persien. „Sie werden die große Wichtigkeit dieser Frage zugeben,“ sagte mir der Minister, „wir haben so große Sorgfalt auf den Abschluß unserer Konventionen verwandt, um unsere eigenen Interessen und nicht die Interessen Deutschlands zu wahren; deutsche Eisenbahnen in Persien würden die Bedeutung unserer Konvention in Frage stellen.“ Sir Edward machte keine anderen Andeutungen, aber der Sinn seiner Worte ist klar. Dies wurde mir übrigens durch Hardinge bestätigt, den ich nach Grey aufsuchte. Sir Charles sagte mir: „Ich glaube, es ist sehr gefährlich.“ Bevor ich sein Kabinett verließ, sagte Sir Edward, er müsse wiederholen, es sei dringend notwendig, die Verhandlungen in Teheran so schnell wie möglich zum Abschluß zu bringen. Seinen Informationen zufolge wären unsere Truppen, die auf Täbriz vorrückten, bereits nach Julsa zurückgekehrt. Aber Kaswin ist der gefährliche Punkt, von dem der Erfolg der Verhandlungen abhängt.

Telegramm des russischen Außenministers *Iswolsh* an den russischen Botschafter in London *Vendendorff* vom 3./16. März 1910. — Nr. 339.

Ich teile Ihnen den Text eines von Deutschland erhaltenen Memorandums mit und bitte Sie, Grey zu fragen, ob in London ein ähnlicher Schritt erfolgt ist. Unsererseits erblicken wir in der deutschen Mitteilung eher einen Versuch, uns zur Erneuerung der Verhandlungen wegen der Bagdadbahn zu bewegen, als eine ernsthafte Absicht der deutschen Regierung, in der persischen Frage zu intervenieren. Trotzdem werden wir dem Berliner Kabinett weitere Erklärungen über die Anstellung von sieben Franzosen geben müssen. Wir haben die Absicht, außer den in meinem Brief Nr. 171 angeführten Argumenten darauf hinzuweisen, daß die von uns gestellte Anleihebedingung mehr die Anzahl der europäischen Gehilfen als deren Nationalität im Auge hat, und daß die Franzosen geeigneter erscheinen, weil sie Bizots Landsleute sind. Wenn wir späterhin gezwungen sein sollten, Deutschland in diesem Punkte nachzugeben, so müßte man die Franzosen durch Belgier, Schweizer oder Untertanen eines neu-

tralen Landes ersetzen. Was die Bagdadbahn anbetrifft, so haben wir die Absicht dem Berliner Kabinett zu antworten, daß wir bereit sind über diese Frage gemeinschaftlich mit England und Frankreich zu verhandeln, daß wir uns aber auch direkten Verhandlungen mit Deutschland nicht entziehen wollen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 3./16. März 1910. — Nr. 340.

Der Wortlaut des mir von Pourtales übergebenen Memorandums: Die Zurückhaltung, die Deutschland die letzte Zeit in Persien beobachtet hat, soll nicht so ausgelegt werden, als ob die deutsche Regierung aufgehört hat, Persien als ein unabhängiges Land zu betrachten, in dem Deutschland das Recht hat, seine Interessen zu regeln, ohne andere Mächte vorher befragen zu müssen. Die russische Regierung hat seinerzeit Deutschland ein Übereinkommen über die persische Frage und die Bagdadbahn vorgeschlagen. Deutschland war bereit, in einen Meinungsaustrausch einzutreten. Jedoch seit Ende 1907 hat die russische Regierung keine weiteren Schritte in dieser Angelegenheit unternommen. Im Gegenteil, es hat bei mehreren Gelegenheiten gehandelt, ohne die deutschen Interessen genügend in Betracht zu ziehen. Die Anstellung von sieben Franzosen als Gehilfen Bizots scheint eine der hauptsächlichsten Bedingungen für das Zustandekommen der Anleihe zu sein. Würde diese Bedingung angenommen, so wäre Deutschland damit aus einem der wichtigsten Teile der inneren Administration Persiens ausgeschlossen, während Frankreich zugelassen würde, was in Deutschland gewiß befremden würde. Die persische Regierung wäre ihrerseits gewiß geneigt, verschiedene deutsche Beamte anzustellen. Was die Bagdadbahn anbelangt, so scheint die russische Regierung immer noch die Ansicht zu vertreten, daß die Verhandlungen zu vieren geführt werden müssen, was Deutschland im Prinzip nicht annehmen zu können erklärt hat. Diese Haltung Rußlands scheint kaum das Wohlwollen zu zeigen, auf das Deutschland rechnen zu können glaubte, nachdem es in Persien eine so loyale Zurückhaltung gezeigt hat. Die deutsche Regierung muß bemerken, daß diese Zurückhaltung nicht so weit gehen kann,

daß es kommerziellen und finanziellen Kreisen in Deutschland überhaupt unmöglich gemacht wird, in Persien ein Betätigungsgelände zu finden. Aus diesem Grunde hat die deutsche Regierung zu der Reise eines Vertrauensmannes der Deutschen Bank, Said Ruete, ihre Zustimmung gegeben, der sich in nächster Zeit aus Persien über Khanekin nach Bagdad begeben wird.

Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 5./18. März 1910. — Nr. 54.

Ihr Telegramm Nr. 339 erhalten. Nr. 1. Habe Grey gestern die entsprechende Mitteilung gemacht. Zwischen den Schritten Pourtales und Metternichs besteht ein großer Unterschied. Sub Nr. 2 erhalten Sie den Wortlaut eines Memorandums, welches die Antwort enthält, welche Grey zu machen beabsichtigt. Auf meine Frage erklärte Grey, er glaube nicht, daß es die deutsche Absicht sei, mit uns die Bagdadbahn-Verhandlungen wieder aufzunehmen. Er meint, die ganze Angelegenheit erinnere an Marokko. Aber er hat Zutrauen zur Ruhe und zur Mäßigung Bethmann Hollwegs. Immerhin befürchtet er deutsche Absichten auf Eisenbahnen in Persien und hat mir wiederholt, er sei der Ansicht, daß in dieser Frage Rußland und England besonders festbleiben müßten. Grey benachrichtigte mich, daß die Bagdadverhandlungen zwischen englischen und deutschen Finanzleuten zu keinem Resultat geführt haben. Hinsichtlich dieser Frage enthält das Memorandum folgenden Satz: Grey hat nichts zu sagen, außer aber, daß die von Ihnen in Aussicht genommene Antwort mit der Haltung übereinstimmt, die das Londoner Kabinett Rußland und Frankreich gegenüber einnehmen wollte, als die Verhandlungen Cassel-Gwinner stattfanden. Dies will bedeuten, daß England sich vorbehielt, mit Deutschland zu verhandeln, aber nicht abzuschließen, ohne Frankreich und Rußland zu benachrichtigen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 5./18. März 1910. — Nr. 55.

Nr. 2. Inhalt des in Nr. 1 erwähnten Memorandums. Grey hält es für nützlich, sich auf die erste Antwort zu berufen, bemerkt aber, daß unsere Erklärung, wir hätten mehr die An-

zahl der Angestellten als deren Nationalität im Auge gehabt, Deutschland die Möglichkeit gäbe, die Anstellung von deutschen Beamten zu verlangen. Grey meint, man könne vielleicht dem Bedauern Ausdruck verleihen, daß die früheren Erklärungen nicht genügt haben, und hinzufügen, daß im Jahre 1909 die persische Regierung selbst sich an Frankreich gewendet hat. Sodann könnte man hinzufügen, es sei natürlich, daß Bizot Franzosen vorziehe, daß aber weder England noch Frankreich die Anstellung von Gehilfen für durchaus notwendig erachten. Was den deutschen Hinweis auf die Verletzung der deutschen Interessen und die russischen Versuche, deutsche finanzielle und kommerzielle Interessen aus Persien auszuschließen, und was endlich die Eisenbahn anbelangt, so glaubt Grey, man müsse abwarten, bis die persischen Finanzen geordnet seien, was ja die Grundbedingung der Erhaltung der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit Persiens ebenso wie des Prinzipes der offenen Tür sei, und daß daher der deutsche und ausländische Handel hieraus nur Nutzen ziehen würden. Andererseits könne man aus dem Umstande, daß Deutschland die privilegierte Stellung der beiden Nachbarstaaten anerkannt habe, folgern, daß diese Staaten durch die Anarchie mehr als die anderen in Mitleidenschaft gezogen werden und daß sie deshalb Persien in Sachen der Finanzreform beistehen müssen, was ja die Grundlage der anderen Reformen sei. Grey legt dem Umstande Bedeutung bei, daß Belgier in der Zollverwaltung angestellt werden: und vielleicht würde dann Deutschland seine Einwendungen zurückziehen und die Anstellung von Angehörigen eines neutralen Landes könnte vielleicht einen guten Ausweg bieten. Grey möchte Ihre Antwort so bald wie möglich erhalten, um ihr seine Antwort an Metternich anpassen zu können.

Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Swolsky vom 5./18. März 1910. — Nr. 56.

Nr. 3. Gardinge sagte mir gestern vertraulich, man könne vielleicht der persischen Regierung zu verstehen geben, daß man in der Frage der Anstellung der Franzosen Nachgiebigkeit zeigen werde, wobei dies auf Grund einer persischen Bitte erfolgen könne.

Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 7./20. März 1910. — Nr. 57.

Da Bizot in seinem Reformprojekt vorschlägt, die Funktionen eines finanziellen Beirates abzuschaffen, sobald die drei Räte und vier französischen Gehilfen ernannt sein werden, meint Grey, man müsse seine Worte „es ist natürlich, daß Bizot Franzosen vorzieht“, folgendermaßen abändern: „da Bizot der Urheber des Projektes der Finanzreformen ist, so ist es natürlich, daß er die Ausführung dieser Reform Franzosen anvertrauen will“.

Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 8./21. März 1910. — Nr. 62.

Nachdem Grey seine Mitteilung an Metternich beendet hatte, sagte ihm der Botschafter, daß das Berliner Kabinett Einwendungen gegen folgende Bedingungen erheben müsse, die den deutschen Informationen zufolge während der Anleiheverhandlungen gestellt worden wären: 1. In der russischen Sphäre würden keine Konzessionen an Ausländer, sondern nur an Russen erteilt und dieselbe Bedingung wäre für die englische Einflußsphäre aufgestellt worden. Grey will morgen antworten, daß eine derartige Bedingung nicht gestellt worden sei. 2. Die Bedingung bezüglich des Sees Armia. Grey wird antworten, daß diese Bedingung die russischen Interessen beträfe und daß er sich hierüber nicht zu äußern habe. 3. Bedingung bezüglich der Eisenbahnen in den beiden Interessensphären. Grey wird sich auf den Standpunkt der politischen Interessen der Nachbarstaaten stellen und sich auf die Unmöglichkeit berufen, ausländischen Gesellschaften Konzessionen zu gewähren, die für Rußland oder England in strategischer Hinsicht gefährlich wären. 4. Die Bedingung, welche Perser von der Erhaltung von Konzessionen ausschließt, wenn sie nicht den Beweis erbringen, daß das Kapital nicht ausländischen Ursprungs ist. Grey wird antworten, daß eine Bedingung in dieser Form nicht gestellt worden ist, daß aber Rußland und England Maßregeln ergreifen müssen, um die Erteilung von Konzessionen an Perser zu verhindern, die dieselben Nachteile wie die Erteilung von Eisenbahnkonzessionen haben würden. In einer Unterredung mit Hardinge habe

ich bemerken können, daß dieser weitere Schritt des Berliner Kabinetts hier sehr mißfallen hat.

Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 8./21. März 1910. — Nr. 63.

Fortsetzung meines Telegramms 62. Grey schreibt mir heute abend, Metternich habe ihm erklärt, die deutsche Regierung sei der Ansicht, daß die Bedingungen der persischen Anleihe dem ausländischen Handel die Türe schließen und die Unabhängigkeit Persiens illusorisch machen, wobei der Botschafter die Bedingungen nicht richtig angeführt habe. Grey wird morgen antworten und teilt mir seine Absicht mit, die wirklichen Bedingungen zur Kenntnis Metternichs zu bringen. Ihren Standpunkt kennend, erhebe ich keinen Einspruch. Grey hat die Absicht, Metternich zu sagen, daß der Zweck der von uns gestellten Bedingungen nicht darin besteht, ausländisches Kapital von Eisenbahnbauten in Persien notwendigerweise auszuschließen, daß Rußland und England aber auf dieser Bedingung bestehen müßten, um der Möglichkeit des Baues einer Eisenbahnlinie vorzubeugen, die ihre Grenzen bedroht und unter ausländischer Kontrolle steht. Grey hält die Mitteilung der wirklichen Bedingungen für notwendig, um auf die Einwendungen bezüglich der Konzessionen an persische Untertanen und russischer und englischer Privilegien in den Interessensphären antworten zu können.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Geschäftsträger in London vom 9./22. März 1910. — Nr. 372.

Der deutsche Botschafter hat mir erklärt, daß den Informationen der deutschen Regierung zufolge Rußland und England anlässlich der Anleiheverhandlungen folgende Bedingungen gestellt haben: Verbot, Eisenbahnen ohne ihre Zustimmung zu bauen, Monopol der Schifffahrt auf dem See Urmiah zugunsten Rußlands, Monopol aller kommerziellen und industriellen Konzessionen zugunsten Rußlands und Englands unter Ausschluß ausländischer Unternehmungen. Wenn diese Informationen richtig sind, so hält sie die deutsche Regierung für unvereinbar mit dem Prinzip der ökonomischen Gleichberechtigung aller Nationen,

welches Prinzip in der englisch-russischen Konvention anerkannt worden sei und dessen Verletzung die Unabhängigkeit Persiens bedrohe. Ich habe dem Botschafter geantwortet, daß diese Informationen nicht der Wirklichkeit entsprächen. Die von Rußland und England gestellten Bedingungen halten das Prinzip der ökonomischen Gleichberechtigung aller Mächte aufrecht, und die beiden Staaten haben nie den Gedanken gehabt, irgend jemand von allen kommerziellen und industriellen Unternehmungen auszuschließen. Was die Eisenbahnen und andere Unternehmungen anbelangt, die eine politische Seite und für Rußland strategische Bedeutung haben können, so haben wir von jeher erklärt, nicht zugeben zu können, daß derartige Konzessionen in die Hände von Ausländern gelangen. In diesem Sinne haben wir mit Deutschland im Jahre 1907 Verhandlungen begonnen, welche dann zeitweise unterbrochen wurden und welche wir jetzt bereit sind wiederaufzunehmen. Pourtalès schien mir von diesen Erklärungen befriedigt und bestätigte mir noch einmal, daß Deutschland die besondere politische Stellung Rußlands und Englands in Persien anerkenne, daß es nur die Absicht habe, die Freiheit deutscher kommerzieller Unternehmungen sicherzustellen, und daß es an keine Eisenbahnbauten in Persien denke. Ich bitte die erste Gelegenheit zu benutzen, obiges mündlich zur Kenntnis Grews zu bringen und mir seinen Eindruck mitzuteilen.

Telegramm des russischen Außenministers *Iswolsky* an den russischen Botschafter in London *Vendendorff* vom 10./23. März 1910. —
Nr. 380.

Unsere der deutschen Regierung gegebene Antwort stimmt in allgemeinen Zügen mit der englischen Antwort überein. *Nicolson* schreibt mir heute, das Londoner Kabinett habe keine Einwendungen zu machen, wenn wir *Portalès* mitteilen, daß in allen Fragen, die die anglorussische Konvention betreffen, wir es für nötig erachten, uns zuerst mit der englischen Regierung zu beraten; *Nicolson* fügte hinzu, daß wir hierbei auf die völlige Unterstützung des Londoner Kabinetts rechnen können. Wir werden diesen Vorschlag benutzen, wenn das Berliner Kabinett mit einer neuen Erklärung an uns herantreten sollte.

Telegramm des russischen Außenministers Tswolsky an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 11./24. März 1910. — Nr. 383.

Wir haben aus ganz geheimer Quelle erfahren, daß das persische Parlament bei Quadt angefragt hat, ob Deutschland auf Grund des persisch-deutschen Vertrages Rußland hinsichtlich der Anleihe und der Abberufung der russischen Truppen aus Persien Vorstellungen machen wird. Wir haben den Persern zu verstehen gegeben, daß der Eingriff einer dritten Macht in unsere Beziehungen zu Persien die Lage noch verschlimmern und uns veranlassen könnte, unsere Truppen nicht abzurufen.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Tswolsky vom 11./24. März 1910. — Nr. 65.

Ihr Telegramm 383 erhalten. Hier sind ähnliche Nachrichten erhalten worden. Gardinge ist der Ansicht, Deutschland werde sich nicht auf den deutsch-persischen Vertrag vom Jahre 1873 berufen können, da ein Eingriff nur im Falle der Wahrscheinlichkeit eines bewaffneten Zusammenstoßes mit einer andern Macht vorgesehen ist.

Telegramm des russischen Außenministers Tswolsky an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 13./26. März 1910. — Nr. 406.

Da unser Protest gegen den Abschluß einer persischen Anleihe außerhalb Rußlands und Englands ungünstig beantwortet worden ist, schlägt die englische Regierung vor, Persien alle rückständigen Forderungen aufzuzählen und zu erklären, daß wir auf die Begleichung nicht bloß dieser Forderungen, sondern auch aller anderen Vorschüsse dringen werden, wenn Persien darauf bestehen sollte, die Einnahmen des Landes als Garantie einer Anleihe einer dritten Macht zu verpfänden. Unserer Ansicht nach müssen wir eine solche Erklärung zu vermeiden suchen, da man uns beschuldigen könnte, daß wir Persien daran verhindern, sich in andern Ländern Kredit zu verschaffen, und wir haben heute dem englischen Botschafter vorgeschlagen, der persischen Regierung folgende Erklärung abzugeben: Rußland und England sind bereit, das Recht Persiens anzuerkennen, in andern

Ländern Anleihen abzuschließen, aber nur unter folgenden Bedingungen: 1. Die Zoll- und sonstigen Einnahmen, welche die russischen und englischen Anleihen garantieren, dürfen nicht verpfändet werden. 2. Alle früheren finanziellen Verpflichtungen Rußland und England gegenüber müssen zusammen mit den rückständigen Zinsen genau festgesetzt und diejenigen Einnahmequellen bezeichnet werden, die zur Abzahlung unserer rückständigen Forderungen dienen werden. 3. In der russischen und englischen Einflußsphäre dürfen andern Ausländern keine Konzessionen erteilt werden, die politische und strategische Bedeutung haben, nämlich Verkehrswege, Telegraphen, die Schifffahrt auf dem See Urmia und ähnliche.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den russischen Außenminister Iswolsky vom 10./23. März 1910.

Wenn wir darauf verzichten, Franzosen im persischen Finanzressort anzustellen, so wird dies die Zusammenarbeit des finanziellen Beirats mit den übrigen Fachleuten anderer Nationalitäten sehr erschweren. Nur die Kaiserliche Regierung ist in der Lage, ein Urteil zu fällen, ob Deutschland, nachdem es in dieser Frage sein Ziel erreicht, nicht auch andere Vorwände benutzen wird, um auf das Zusammenhalten Englands und Rußlands in Persien einen Druck auszuüben. Besteht eine solche Möglichkeit, so wäre es vielleicht besser, wenn wir jetzt auf der Ernennung der Franzosen bestehen würden. Auf alle Fälle scheint es mir, daß ein eventueller Verzicht unsererseits als eine Konzession Persien und nicht Deutschland gegenüber dargestellt werden müsse. Gleichzeitig müßten wir den Grundsatz aufstellen, daß als ausländische Beiräte und andere Beamte entweder nur Russen und Engländer oder nur die Angehörigen kleinerer Staaten angestellt werden können.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 3./16. April 1910. — Nr. 492.

Ich telegraphiere unserm Gesandten in Teheran. Nr. 1. Sub Nr. 2 erhalten Sie den Auszug aus einem Memorandum des englischen Botschafters mit Bezug auf deutsche Forderungen

in Persien. Auch wir haben den Vorschlag des Berliner Kabinetts erhalten, die Verhandlungen des Jahres 1907 wiederaufzunehmen, und der deutsche Botschafter hat uns zu verstehen gegeben, daß es außer der englischen und russischen Zone in Persien auch noch eine neutrale gäbe, die allen übrigen Staaten offen sei. Die Bedingungen Deutschlands erscheinen uns in mancher Hinsicht unannehmbar, und deshalb müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, daß wir auf Persien einen starken Druck auszuüben haben werden, um zu verhindern, daß Ausländern uns mißliebige Konzessionen erteilt werden. Wenn wir dies erreicht haben werden, so werden wir uns weiter mit dem Berliner Kabinett verständigen können; letzteres scheint uns natürlich wünschenswert. Wenn die endgültige Bestätigung von Konzessionen vom Regenten abhängt, so kann man ihm erklären, daß die Gewährung von Konzessionen an Ausländer ohne vorherigen Meinungsaustrausch mit Rußland und England von uns als eine feindselige Handlung betrachtet werden und für Persien die schwersten Folgen nach sich ziehen wird. Gleichzeitig beauftragen wir Bendendorff, das Londoner Kabinett zu veranlassen, in dieser Frage gemeinsam mit uns vorzugehen. Was die Zwangsmaßregeln anbelangt, die wir nötigenfalls Persien gegenüber anzuwenden hätten, so sollen dieselben in diesen Tagen Gegenstand einer besonderen Beratung bilden und werden wir uns dann über dieselben mit London verständigen müssen. Telegraphieren Sie uns dringend, welche Maßregeln Sie Ihrerseits vorschlagen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 3./16. April 1910. — Nr. 493.

Ich telegraphiere nach Teheran sub Nr. 2. Der deutsche Reichskanzler hat dem englischen Botschafter in Berlin gegenüber die deutschen Wünsche hinsichtlich Persiens folgendermaßen formuliert. Die ganze Frage sollte einen Teil eines allgemeinen politischen Abkommens zwischen Deutschland und England bilden. Rußland und England hätten das Prinzip der offenen Tür zu bestätigen. Als Gegenwert für den deutschen Verzicht auf Eisenbahn-, Telegraphen- und andere Konzessionen in der englischen Einflusssphäre hätte England Deutschland einen angemesse-

nen Anteil an der Lieferung der Materialien usw. zu gewähren. Deutschland beansprucht bei persischen Anleihen denselben Anteil wie dritte Staaten; dasselbe bezieht sich auf die Anstellung von Ausländern. Deutschland verzichtet auf ähnliche Konzessionen in der russischen Zone; Rußland dagegen räumt Deutschland Gleichberechtigung in allen kommerziellen Fragen ein, wird seine Eisenbahnen in Nordpersien mit der Bagdadlinie vereinigen und verpflichtet sich, den internationalen Handel auf dieser Linie nicht zu hindern und die Verbindung der deutschen Linie mit Teheran zu ermöglichen. Bethmann Hollweg wies auf die Behinderung des ausländischen Handels durch das Verbot des Transitverkehrs durch den Kaukasus hin und fügte hinzu, daß, nachdem die russischen Eisenbahnen in Nordpersien fertiggestellt sind und die Weigerung aufrechterhalten würde, eine Bahn Teheran—Khanekin zu bauen, Rußland ein Monopol für den Handel in Nordpersien erhalten würde — was auch den englischen Interessen kaum entspräche.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 3./16. April 1910. — Nr. 494.

Ich beziehe mich auf meine Telegramme nach Teheran Nr. 1 und 2. Aus der Mitteilung Bethmann Hollwegs kann man ersehen, daß Deutschland entschlossen ist, eine Stellung in Persien zu beanspruchen, welche den russischen und englischen Interessen in diesem Lande zuwiderläuft. Die Hoffnung, uns mit Deutschland zu verständigen, indem wir ihm in der Bagdadfrage Zugeständnisse machen, läßt sich augenscheinlich nicht verwirklichen. Unter diesen Umständen scheint es uns nur einen Ausweg zu geben, nämlich einen energischen Druck auf Persien auszuüben, um es zu verhindern, den Deutschen Konzessionen zu erteilen, die unsern Interessen nicht entsprechen. Rußland und England müßten also auch vor äußersten Maßregeln nicht zurückschrecken und schlagen wir vor, in die Beratung dieser Maßregeln einzutreten. Einstweilen können die Vertreter der beiden Regierungen dem persischen Regenten die in meinem Telegramm nach Teheran erwähnte Erklärung abgeben. Dies alles schließt natürlich nicht die Möglichkeit aus, zu einem annehmbaren Einvernehmen mit Berlin zu kommen, was um so leichter sein wird, je weniger

Chancen das Berliner Kabinett haben wird, sich direkt mit der persischen Regierung zu verständigen. Wir beraten augenblicklich, wie wir die deutschen Vorschläge beantworten sollen, und wir werden nicht verfehlen, uns vorher mit dem Londoner Kabinett zu verständigen.

Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London Bendenorff vom 10./23. April 1910. — Nr. 531.

Unser Gesandter in Teheran telegraphiert am 6./19. April — Nr. 175: Ich bin der Ansicht, daß wir, bevor irgendwelche weitere Schritte unternommen werden, das Resultat der Ministerkrise abwarten müssen. Wenn ein Kabinett aus radikalen Elementen gebildet wird, welches Rußland und England kein Vertrauen einflößt und von dem zu erwarten steht, daß es trotz dem Verhandlungen führen wird, die mit den Forderungen unserer letzten gemeinsamen Note nicht übereinstimmen, so müßte man der persischen Regierung erklären, daß Rußland und England vor nichts zurückschrecken werden, um die Perser zu zwingen, ihre Politik mit den Forderungen der genannten Note in Einklang zu bringen. Es ist für uns vorteilhafter, uns an diese gemeinsame Note zu halten, da sie unsere Interessen vollkommen schützt und Deutschland in ihr nicht erwähnt wird. Wenn wir einen solchen Schritt tun, so müssen wir bereit sein, nötigenfalls die letzten Konsequenzen zu ziehen, da die geringste Nachgiebigkeit unsererseits unser Ansehen hier auf lange erschüttern würde. Folgende Zwangsmaßregeln könnten Persien gegenüber angewandt werden: 1. Die Weigerung der beiden Gesandtschaften, irgendwelche Beziehungen zum Kabinett zu unterhalten, das uns kein Vertrauen einflößt. 2. Die Erklärung, daß unsere Truppen aus Persien nicht abberufen, sondern im Gegenteil auf ihren Normalbestand verstärkt werden. 3. Die Forderung der sofortigen Bezahlung der persischen Schulden und die darauffolgende Besetzung der Zollämter. 4. Die Drohung, Truppen nach Teheran zu schicken. Letztere Maßregel ist nicht wünschenswert und kann Unruhen hervorrufen, aber ich glaube, daß die Drohung allein genügen würde und daß man sie nicht auszuführen haben wird.

Brief des russischen Botschafters in London Bendendorff an das russische Außenministerium vom 13./26. April 1910.

In Abwesenheit Sir Edward Greys habe ich gestern Hardinge eine Übersetzung Ihres Telegramms Nr. 531 zukommen lassen. Der Unterstaatssekretär sagte mir, er werde dieselbe dem Minister unverzüglich mitteilen. Er sagte, er teile vollkommen die Ansicht Poklewskis, daß man vor allem den Ausgang der persischen Ministerkrise abwarten und sich nicht beeilen müsse, Schritte zu tun, die, wenn das jetzige Ministerium sich halten könne, nur die Autorität der uns günstig gesinnten Minister untergraben und eine neue Krise hervorrufen könnten.

Man verfügt hier in dieser Hinsicht über keine neuen Informationen.

Was den Gegenstand selbst und die in Aussicht genommenen Maßregeln anbelangt, so hat Sir Charles sich nicht geäußert und überläßt dies Grey. Er schien mir jedoch optimistischer als das letzte Mal und scheint eine Beratung über derartige Maßregeln als verfrüht zu betrachten. Ich weiß, daß er nötigenfalls energische Maßregeln billigt; das letzte Mal hat er jedoch als seine persönliche Ansicht geäußert, man müsse in Teheran eine Erklärung abgeben, daß jede Handlung der persischen Regierung, die den Interessen der beiden Staaten Schaden könnte, von letzteren als ein feindseliger Akt betrachtet und für Persien die schlimmsten Folgen nach sich ziehen würde, — ohne jedoch bestimmte Drohungen hinzuzufügen. Er hoffe, daß dies genügen würde, ohne daß wir uns von Anfang an durch die Ankündigung von Zwangsmaßregeln zu kompromittieren hätten.

Ich selbst glaube, daß wir die Sache reiflich überlegen müssen, namentlich was die äußerste Maßregel einer eventuellen Besetzung Teherans anbelangt.

Es besteht für mich kein Zweifel, daß letztere die Natur unserer bisherigen militärischen Aktion völlig verändern würde.

Die Besetzung von Täbriz und von Kaswin war eine Intervention, keine Einmischung, und hatte den Charakter einer der persischen Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung geleisteten Hilfe.

Teheran zu besetzen und die persische Regierung zu zwingen, uns das zu bewilligen, was es uns auf diplomatischem Wege

verweigert, ist nichts anderes als eine kriegerische Aktion, die einen Wechsel im Ministerium und die Bildung einer von uns aufgedrängten Regierung zur Folge haben würde; eine solche Regierung würde unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich nur so lange halten können, als die Okkupation dauert. Diese neue Regierung würde Bedingungen anzunehmen haben, die das Resultat einer direkten Einmischung sind und in einem diplomatischen Schriftstück Ausdruck gefunden haben, das einem aufgezwungenen Vertrage gleichkommt. Dies ist meiner Ansicht nach die wichtigste Erwägung. Eine derartige Tatsache müßte von dritten Staaten einen ausdrücklichen Protest hervorrufen. Wir sind gewarnt, daß dieser dritte Staat Deutschland sein wird, welcher zur Theorie der offenen Tür zurückkehren wird, als ob nichts vorgefallen wäre.

Der Konflikt würde auf diese Weise seinen Charakter verändern und aus einer russisch-persischen eine allgemein europäische Frage machen.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an das russische Außenministerium vom 1./14. April 1910.

Ich habe heute eine Beschwerde Schönemanns erhalten. Die Verwaltung der Chaussee Zulfa-Läbriz weigert sich eine von ihm gekaufte Lokomobile durchzulassen, unter dem Vorwand, das Gewicht sei zu groß. Schönemann weist darauf hin, daß Lokomobilen, die von der Verwaltung der Chaussee und von einem persischen Untertan gekauft worden sind, viel schwerer wiegen. Ich halte es nicht für wünschenswert, der deutschen Einfuhr nach Persien so offen künstliche Hindernisse in den Weg zu legen.

**Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 29. April / 12. Mai 1910.
Nr. 631.**

Nicolson teilt mir das Projekt unserer gemeinsamen Erklärung an die persische Regierung mit. Dies Projekt ist vom englischen Geschäftsträger in Teheran ausgearbeitet worden. Der englische Botschafter teilt mir mit, Grey sei nicht mit dem letzten

Teile einverstanden und schlägt folgende Redaktion vor: „In Anbetracht der Schwierigkeit, diejenigen Konzessionen anzuführen, die ihren politischen oder strategischen Interessen schaden könnten, erwarten die beiden Regierungen, daß die persische Regierung, ehe sie einem Ausländer irgendwelche Konzessionen hinsichtlich der Eisenbahnen, Verkehrswege, Telegraphen- oder Hafenanlagen erteilt, mit Rußland und England in einen Meinungsaustausch eintritt, um festzustellen, auf welche Weise die politischen oder strategischen Interessen dieser beiden Staaten genügend geschützt werden könnten.“ Ich teile Greys Ansicht, was den letzten Teil des in Teheran ausgearbeiteten Projektes anbelangt. Was aber den ersten Teil anbelangt, so halte ich es für vorsichtiger, die von Grey vorgeschlagenen Worte „Eisenbahnen, Verkehrswege, Telegraphen- oder Hafenanlagen“ wegzulassen, denn es kann noch andere Konzessionen geben, die uns schädlich sind. Man muß nicht außer acht lassen, daß, wenn wir von der persischen Regierung eine formelle Verpflichtung im Sinne der identischen Note vom 25. März verlangen, dies einen deutschen Protest in Teheran hervorrufen könnte. Wir würden es deshalb vorziehen, für den Augenblick nicht darauf zu bestehen, daß die persische Regierung eine derartige Verpflichtung eingeht. Man könnte hingegen der in Aussicht genommenen Mitteilung die Worte beifügen: „Wenn die persische Regierung den Wunsch der beiden Mächte nicht erfüllt, so werden letztere diejenigen Maßregeln ergreifen, die sie für nötig halten werden, um ihre Interessen zu schützen.“

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an das russische Außenministerium vom 12./25. April 1910.

Der französische Gesandte hat von seiner Regierung gehört, daß ein gewisser Cohen aus Teheran in Paris angekommen ist, welcher von einem der persischen Minister das Vorzugsrecht zum Abschluß einer Anleihe von 200 Millionen Franken unter Garantie der Zoll- und Telegrapheneinnahmen erhalten habe. Der Zweck der Anleihe besteht darin, daß Persien den Regierungen Rußlands und Englands und den beiden Teheraner Banken seine Schulden abzahlt. An dieser Finanzoperation sind vier große französische Banken interessiert, u. a. Crédit Lyonnais und

verweigert, ist nichts anderes als eine kriegerische Aktion, die einen Wechsel im Ministerium und die Bildung einer von uns aufgedrängten Regierung zur Folge haben würde; eine solche Regierung würde unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich nur so lange halten können, als die Okkupation dauert. Diese neue Regierung würde Bedingungen anzunehmen haben, die das Resultat einer direkten Einmischung sind und in einem diplomatischen Schriftstück Ausdruck gefunden haben, das einem aufgezwungenen Vertrage gleichkommt. Dies ist meiner Ansicht nach die wichtigste Erwägung. Eine derartige Tatsache müßte von dritten Staaten einen ausdrücklichen Protest hervorrufen. Wir sind gewarnt, daß dieser dritte Staat Deutschland sein wird, welcher zur Theorie der offenen Tür zurückkehren wird, als ob nichts vorgefallen wäre.

Der Konflikt würde auf diese Weise seinen Charakter verändern und aus einer russisch-persischen eine allgemein europäische Frage machen.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an das russische Außenministerium vom 1./14. April 1910.

Ich habe heute eine Beschwerde Schönemanns erhalten. Die Verwaltung der Chaussee Zulfa-Läbriz weigert sich eine von ihm gekaufte Lokomobile durchzulassen, unter dem Vorwand, das Gewicht sei zu groß. Schönemann weist darauf hin, daß Lokomobilen, die von der Verwaltung der Chaussee und von einem persischen Untertan gekauft worden sind, viel schwerer wiegen. Ich halte es nicht für wünschenswert, der deutschen Einfuhr nach Persien so offen künstliche Hindernisse in den Weg zu legen.

**Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 29. April / 12. Mai 1910.
Nr. 631.**

Nicolson teilt mir das Projekt unserer gemeinsamen Erklärung an die persische Regierung mit. Dies Projekt ist vom englischen Geschäftsträger in Teheran ausgearbeitet worden. Der englische Botschafter teilt mir mit, Grey sei nicht mit dem letzten

Teile einverstanden und schlägt folgende Redaktion vor: „In Anbetracht der Schwierigkeit, diejenigen Konzessionen anzuführen, die ihren politischen oder strategischen Interessen schaden könnten, erwarten die beiden Regierungen, daß die persische Regierung, ehe sie einem Ausländer irgendwelche Konzessionen hinsichtlich der Eisenbahnen, Verkehrswege, Telegraphen- oder Hafenanlagen erteilt, mit Rußland und England in einen Meinungsaustausch eintritt, um festzustellen, auf welche Weise die politischen oder strategischen Interessen dieser beiden Staaten genügend geschützt werden könnten.“ Ich teile Greys Ansicht, was den letzten Teil des in Teheran ausgearbeiteten Projektes anbelangt. Was aber den ersten Teil anbelangt, so halte ich es für vorsichtiger, die von Grey vorgeschlagenen Worte „Eisenbahnen, Verkehrswege, Telegraphen- oder Hafenanlagen“ wegzulassen, denn es kann noch andere Konzessionen geben, die uns schädlich sind. Man muß nicht außer acht lassen, daß, wenn wir von der persischen Regierung eine formelle Verpflichtung im Sinne der identischen Note vom 25. März verlangen, dies einen deutschen Protest in Teheran hervorrufen könnte. Wir würden es deshalb vorziehen, für den Augenblick nicht darauf zu bestehen, daß die persische Regierung eine derartige Verpflichtung eingeht. Man könnte hingegen der in Aussicht genommenen Mitteilung die Worte beifügen: „Wenn die persische Regierung den Wunsch der beiden Mächte nicht erfüllt, so werden letztere diejenigen Maßregeln ergreifen, die sie für nötig halten werden, um ihre Interessen zu schützen.“

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an das russische Außenministerium vom 12./25. April 1910.

Der französische Gesandte hat von seiner Regierung gehört, daß ein gewisser Cohen aus Teheran in Paris angekommen ist, welcher von einem der persischen Minister das Vorzugsrecht zum Abschluß einer Anleihe von 200 Millionen Franken unter Garantie der Zoll- und Telegrapheneinnahmen erhalten habe. Der Zweck der Anleihe besteht darin, daß Persien den Regierungen Rußlands und Englands und den beiden Teheraner Banken seine Schulden abzahlt. An dieser Finanzoperation sind vier große französische Banken interessiert, u. a. Crédit Lyonnais und

Banque de Paris. Zum 7. Mai soll eine besondere persische Kommission zu Verhandlungen nach Paris kommen und das Vorzugsrecht ist vier Monate gültig, vom Tage der Ankunft der Kommission an gerechnet. Cohen ist nach Teheran zusammen mit dem Juwelier gekommen, der die persischen Kronjuwelen schätzen sollte; er sagte, er wäre sein Begleiter, und hat dem hiesigen französischen Gesandten von dem wirklichen Zweck seiner Ankunft nichts gesagt. Auf die Frage meines französischen Kollegen, wie die russische Regierung einem solchen Projekt gegenüberstehe, sagte ich, daß die Bezahlung der uns geschuldeten Summen unseren Interessen durchaus nicht entsprechen kann, da auf diese Weise dem politischen Einflusse von Ausländern die Türe geöffnet wird. Aus demselben Grunde können wir auch keine ausländische Kontrolle irgendwelcher persischer Einnahmen in unserer Zone zulassen.

Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 15./28. April 1910. — Nr. 25.

Aus Teheran zurückgekehrt, hat Cohen niemandem nähere Mitteilungen gemacht und hat nur die Unterstützung der französischen Regierung nachgesucht. Diese ist ihm verweigert worden und man hat ihm erklärt, man wird hier nur solche finanzielle Operationen zulassen, die von Rußland und England begutachtet werden. Den andern wird man die Kotierung an der Börse verweigern. Übrigens nehmen die hauptsächlichsten Kreditinstitutionen an diesem internationalen Syndikate kaum teil. Der Außenminister hat mir die Versicherung gegeben, daß in persischen Fragen Frankreich nichts zulassen wird, was Rußland und England unangenehm sein könnte. Die finanziellen Kreise sind hiervon benachrichtigt worden.

Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 30. April / 13. Mai 1910. — Nr. 102.

Ihr Telegramm Nr. 631 erhalten. Persönlich. Der erste Eindruck von Gardinge ist der, daß die von Ihnen vorgeschlagene Formel, die nicht erwähnt, um welche Konzessionen es sich han-

dekt, sehr radikaler Natur sei und schwerlich von der persischen Regierung angenommen werden könne. Er findet auch die letzte Drohung sehr stark. Ich glaube, man wird Ihnen eine mäßigere Redaktion vorschlagen. Dies ist noch keine offizielle englische Antwort.

Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 5./18. Mai 1910. — Nr. 104.

Nicolson wird Ihnen mitteilen, was Grey Metternich gesagt hat. Er hat erklärt, daß, da die persische Regierung Erklärungen über die letzte Note verlangt hat, diese Erklärungen erfolgen müssen. Grey hat dem Botschafter nicht verheimlicht, daß, wenn die persische Regierung Rußland und England vor die vollendete Tatsache einer Eisenbahnkonzession, die strategischen und politischen Charakter hat, stellt, diese beiden Mächte gezwungen sein würden, energische Maßnahmen gegen Persien zu ergreifen. Grey hat erklärt, er habe durchaus nicht die Absicht irgendwelchen deutschen Konzessionen zu schaden, die keinen politischen oder strategischen Charakter haben. Deshalb könne ein deutscher Protest nur erfolgen, wenn ein gerechtfertigtes Gesuch einer deutschen Konzession von Persien verweigert worden sei. Grey hat hinzugefügt, daß ein deutsch-englisches Übereinkommen über Persien nur im Zusammenhang mit der Bagdadbahnfrage abgeschlossen werden könne.

Telegramm des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 8./21. Mai 1910. — Nr. 109.

Mit Bezug auf Ihre Unterredung mit Bourtales sagt mir Grey, daß Ihre Worte und die seinigen übereinstimmen, mit dem Unterschiede, daß Sie betont haben, daß wir von der persischen Regierung keine Antwort verlangen werden, was er nicht erwähnt hat. Was unsere zukünftigen Verhandlungen mit Deutschland anbelangt, so hat Grey angefragt, ob sie außer Persien auch die Bagdadbahn betreffen. Ich habe geantwortet, daß ich dies nicht wüßte, da wir während unserer früheren Ber-

handlungen hauptsächlich unsere Stellung in Persien haben sichern wollen. Grey bemerkte, daß die Bagdadfrage schwerlich werde ausgeschlossen werden können, da es sich auch um die Zweiglinie Khanekin handle. Ich habe ihn gefragt, was für einen modus procedendi er für möglich halte; er antwortete, daß Deutschland sich weigere, zu vieren zu verhandeln, und daß er deshalb glaube, daß die drei interessierten Mächte getrennt verhandeln, sich aber den Gang der Verhandlungen gegenseitig mitteilen sollten; der Abschluß müsse jedoch gemeinsam zu vieren erfolgen. Grey hat mir mitgeteilt, er habe in seiner Unterredung mit Metternich die Möglichkeit einer Übereinkunft mit Deutschland nicht von der Hand gewiesen, nur habe er darauf hingewiesen, daß es ihm unmöglich sei, eine Übereinkunft zu schließen oder dem Parlament vorzulegen, welche Deutschland in Persien Zugeständnisse macht, ohne daß England in der Bagdadfrage entsprechend entschädigt wird, was für England von vitaler Bedeutung sei.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 9./22. Mai 1910. — Nr. 695.

Ehe ich Poklewski Instruktionen gebe, möchte ich wissen, wie Grey über die letzte von Schön unserm Berliner Botschafter gemachte Erklärung denkt, welche die formelle Versicherung enthält, daß Deutschland nie versucht hat, in Persien Konzessionen zu erhalten, welche Rußland und England unbequem sein könnten, und daß es auch in Zukunft dies nicht zu tun beabsichtigt. Andererseits besteht Schön darauf, daß der gemeinsame russisch-englische Schritt in Teheran aufgeschoben wird, um eine freundschaftliche Lösung zu finden. Fragen Sie bitte Grey, ob er glaubt, daß man letzteren Antrag nicht zu beachten braucht, was jedoch dem Berliner Kabinett den offenbaren Vorwand geben würde, sich im Laufe der Verhandlungen unnachgiebiger zu zeigen, oder ob man dem Schönschen Vorschlage Folge leisten soll. Im ersten Falle muß man daran denken, welchen Eindruck eine solche Verzögerung in Teheran hervorrufen würde. Es scheint mir, daß unter den gegebenen Verhältnissen unsere Vertreter in Teheran sich darauf beschränken könnten, der persischen Regierung zu erklären, daß sie fürs erste keine Antwort auf ihre Mitteilung

erwarten; sollte aber die persische Regierung Rußland und England vor eine vollendete Tatsache stellen, die ihren politischen oder strategischen Interessen nicht entspricht, so würde dies als eine Unfreundlichkeit von seiten Persiens aufgefaßt werden und könnte die beiden Staaten veranlassen, die nötigen Maßnahmen zum Schutze ihrer Interessen zu ergreifen.

Telegramm des russischen Botschafters in London Wendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 11./24. Mai 1910. — Nr. 113.

Sehr vertraulich. P. Cambon hat mir eine Unterredung mitgeteilt, die in der letzten Woche zwischen Pichon, Grey und ihm stattgefunden hat. Unter anderm hat Grey über seine Unterredung mit Metternich berichtet. Dieser Bericht stimmt vollkommen mit dem überein, was wir aus den englischen Mitteilungen wissen. Es findet sich jedoch ein Passus, den Grey uns gegenüber nicht erwähnt hat, und Cambon hat mich gebeten, von demselben einstweilen keinen Gebrauch zu machen: ich bitte Sie also inständig, den Wunsch meines französischen Kollegen zu berücksichtigen.

Metternich hat dem Londoner Kabinett ein politisches Abkommen bezüglich Persiens vorgeschlagen und hinzugefügt, daß, wenn ein solches abgeschlossen würde, es keine Schwierigkeiten mehr in der Bagdadbahnfrage gäbe. Grey hat geantwortet, die englische Regierung habe mit Rußland eine politische Entente in Persien abgeschlossen, daß sie folglich kein Abkommen mit einer andern Macht abschließen könne; England sei in diesem Falle mit Rußland verbunden, wie mit Frankreich in der Marokkofrage.

Ich kann die Zurückhaltung Greys uns gegenüber nur einem übertriebenen Gefühl von Diskretion zuschreiben. Dies erklärt die Worte, daß das Londoner Kabinett in dem deutschen Vorschlage keine Verhandlungsbasis erblicke, was Ihnen seinerzeit nicht klar genug schien. Dies erklärt auch Sir Edward Greys Worte, die Verhandlungen über Persien von den Bagdadbahn-Verhandlungen nicht trennen zu können. Endlich erklärt sich so auch Greys Ansicht, daß Verhandlungen mit Deutschland in

bezug auf Persien von Rußland und England gemeinsam geführt werden müssen.

Telegramm des russischen Außenministers Iswolsky an den russischen Botschafter in London Bendendorff vom 13./26. Mai 1910. — Nr. 717.

Ich telegraphiere unserem Botschafter nach Berlin: Der englische Geschäftsträger hat mir den Inhalt eines aus Berlin erhaltenen Telegrammes mitgeteilt, aus dem ersichtlich ist, daß Schön dem englischen Geschäftsträger erklärt hat, der deutsche Vertreter in London habe den Auftrag erhalten, auf die persische Frage nicht mehr zurückzukommen, da auf Grund der von der deutschen Regierung erhaltenen Erklärung diese Frage ihren akuten Charakter eingebüßt habe. Meinerseits kann ich bestätigen, daß seit meiner letzten Unterredung mit dem Grafen Pourtales er die persische Frage nicht mehr berührt und überhaupt größere Nachgiebigkeit gezeigt hat.

Brief des russischen Botschafters in London Bendendorff an den russischen Außenminister Iswolsky vom 18./31. Mai 1910.

Hardinge hat mir den Bericht des englischen Geschäftsträgers in Berlin über seine letzte Unterredung mit Schön vorgelesen. Der deutsche Minister sagte zuerst, er habe den Grafen Metternich beauftragt, einstweilen auf die persische Frage nicht mehr zurückzukommen, und erklärte diese Instruktion damit, daß ein Mißverständnis zwischen Deutschland, Rußland und England in dieser Frage vorgelegen habe. Er schilderte darauf den Gang der letzten Verhandlungen. Er sagte, zuerst hätte man in Petersburg geglaubt, die deutsche Regierung beabsichtige mit Persien zu verhandeln, um verschiedene spezielle Vorteile zu erhalten und eine Anleihe abzuschließen. Dieses Mißverständnis sei bald aufgeklärt worden. Sodann hatte die deutsche Regierung Nachrichten erhalten, welche bei ihr die Meinung hervorriefen, daß Rußland und England durch einen Druck auf Persien Vorzüge beanspruchten, die mit den Rechten Deutschlands kaum hätten in Einklang gebracht werden können. Die von beiden Seiten abgegebenen offenen Erklärungen hatten auch diese Schwierig-

keit beseitigt. Es blieb nur noch die Erwägung, daß die deutsche Regierung dem Wunsche Ausdruck verlieh, England und Rußland sollten Persien gegenüber nicht zu Mitteln greifen, die die öffentliche Meinung in Deutschland beunruhigt hätten. Schön fügte hinzu, man hätte ihn in gewissen Kreisen beschuldigt, er habe in Persien Schwierigkeiten hervorrufen wollen, die mit denen Ähnlichkeit gehabt hätten, die später zu der Konferenz von Algeciras geführt. Nichts sei ihm ferner gelegen.

Ich kann hier den genauen Inhalt dieses ausführlichen Berichtes aus dem Gedächtnis nicht genau wiedergeben. Aber die erwähnten Äußerungen sind mir genau in Erinnerung geblieben und das Wort „Mißverständnis“ wird öfters gebraucht.

Der englische Geschäftsträger sieht in dieser Unterredung eine deutliche Änderung der Haltung des Berliner Kabinetts. Er meint, daß einer der Gründe der Aufenthalt Kaiser Wilhelms in London gewesen sei und daß die Eindrücke, die er daselbst empfangen, einen entschiedenen Einfluß auf die Haltung des Berliner Kabinetts ausgeübt haben. Er glaubt auch, daß der Mangel an Unterstützung von seiten des Wiener Kabinetts zu dieser Haltung der Berliner Regierung beigetragen habe. Wenn die Eindrücke des englischen Geschäftsträgers durch die weiteren Ereignisse bestätigt werden, so kann ich nicht umhin zu glauben, daß das Berliner Kabinett hauptsächlich dadurch beeinflusst worden ist, daß Rußland und England, ohne sich zu weigern Deutschland diejenigen Erklärungen zu geben, auf die es ein Recht hatte, sich der Form nach nachgiebig gezeigt haben, ohne jedoch hierbei irgend etwas von ihren politischen Rechten abzutreten, die sie auf Grund der geographischen Lage und der auf dem Spiele stehenden Interessen beanspruchen können.

Auszug aus dem Berichte des russischen Außenministers Sazonow an den Zaren über seinen Besuch in Balmoral im Oktober 1912.

..... Hinsichtlich der neutralen Zone sagte ich, daß wir wahrscheinlich früher oder später genötigt sein würden, unser gegenseitiges Verhältnis zu ihr im Sinne einer Annullierung zu revidieren, da bei der jetzigen Sachlage der Zugang zur neutralen Zone allen offen stehe und sie vor Anschlägen von dritter Seite

nicht geschützt sei. Natürlich müßten wir bemüht sein, zu einem jeden derartigen Abschluß die Anerkennung Persiens zu erlangen, da ein Abschluß ohne Anerkennung keine praktische Bedeutung haben würde. Grey äußerte dazu sein prinzipielles Einverständnis. Dabei regte er den Gedanken an, es zu ermöglichen, ein für allemal die uns unerwünschten Anschläge Deutschlands auf die neutrale Zone auszuschalten, indem Rußland von der persischen Regierung die Option zum Bau der Eisenbahnlinie Teheran-Ispahan erhält und England und Rußland gemeinsam für die Strecke Ispahan-Mohammera. Es ist selbstverständlich, daß die Erlangung des Vorzugsrechts zum Bau dieser Linien weder den einen noch den anderen Staat verpflichtet, dieses Unternehmen unbedingt zu verwirklichen, sondern nur im Auge haben würde, Deutschland aus der neutralen Zone zu verdrängen, wo nach einem solchen Abschluß keine einzige für die Deutschen irgendwie verlockende Konzession übrigbleiben würde. — Ich erwiderte, daß ich bereit sei, unseren Gesandten in Teheran anzuweisen, eine solche Option von Persien durch alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel zu erlangen, wenn es möglich sei, eine solche Option, die alle Bemühungen anderer Mächte in der neutralen Zone tatsächlich ausschließen würde, von der persischen Regierung zu erhalten, wovon ich nicht völlig überzeugt sei.

**Auszug aus einem persönlichen Briefe des russischen Botschafters
in London Bentendorff an den russischen Außenminister Sazonow
vom 4./17. August 1910.**

..... Die Gefahr besteht, daß England und Rußland durch den Gang der Ereignisse gezwungen werden, gerade das in Persien zu tun, was sie im Grunde vermeiden wollen. In dieser Hinsicht halte ich es für meine Pflicht, Sie genau über den Standpunkt der englischen Regierung zu unterrichten.

Genau wie bei uns, so macht sich auch hier eine gewisse Enttäuschung über den Gang der Ereignisse in Teheran bemerkbar; diese Enttäuschung wird verstärkt durch den absoluten Mangel an fähigen Leuten in Persien und durch die Hoffnungslosigkeit,

normale Zustände wiederhergestellt zu sehen. Ich glaube jedoch, daß man das augenblickliche persische Ministerium für fähiger als seine Vorgänger hält.

Aber die beiden Vertreter in Teheran sehen früher oder später die Möglichkeit einer Einmischung voraus, die bis zu einer Teilung Persiens oder wenigstens bis zu einer Art Kondominium gehen könnte. Dies ist eine Folgerung, der sich die englische Regierung auf das entschiedenste widersetzen wird.

Erstens will England keine Annexion mehr, es weiß aus Erfahrung, wie man zu einer solchen gezwungen werden kann. Es will Persien nicht besetzen, weil es überzeugt ist, daß dies ohne Krieg nicht möglich ist. Dann will ich Ihre Aufmerksamkeit auf den Umstand lenken, daß der englische Standpunkt negativer Natur ist. England hat weniger Interesse daran, was in Persien vor sich geht, als daran, daß es jede andere Macht außer Rußland und England daran verhindern will, in Persien eine Rolle zu spielen. Dies bezieht sich vor allem auf Deutschland und die Türkei — natürlich aus politischen Gründen. Aus diesem Grunde ist England so vorsichtig gewesen, wenn es sich um den Schutz seiner kommerziellen Interessen gehandelt hat. Aber in dieser Hinsicht hat es in letzter Zeit seinen Standpunkt verändern müssen. Die Unruhen im Süden sind größer, als man zuerst annahm; die Unzufriedenheit der englischen Handelskreise wird immer lauter und die Regierung kann sich im Parlament dem Vorwurf nicht aussetzen, im Süden für den Schutz der englischen Interessen weniger zu tun, als es im Norden von seiten Rußlands geschieht; dies der Grund einer Landung im Süden. Aber gerade in diesem Umstande sieht die englische Regierung einen gefährlichen Anfang und aus diesem Grunde ist England stets einer militärischen Okkupation abgeneigt gewesen. Das politische Interesse stimmt mit dem kommerziellen nicht überein. In den Augen der englischen Regierung ist ersteres der bestimmende Faktor. Was die englische Regierung am meisten fürchtet, ist die Notwendigkeit, uns oder vielmehr der von unsern Vertretern in Teheran vorgeschlagenen Richtung folgen zu müssen. Man muß hieraus durchaus nicht den Schluß ziehen, daß England überhaupt abgeneigt ist, die Ordnung in Persien zu stützen; aber es will nicht zu Mitteln greifen, die den orientalischen Fa-

natismus gegen England oder gegen Rußland entfachen könnten. Soweit ich mir über den englischen Standpunkt Rechenschaft geben kann, fürchtet man hier, durch einen auf Persien ausgeübten Druck das Land in die Arme von andern zu werfen, mit andern Worten, von Deutschland und der Türkei. Ich brauche die Frage nicht zu erörtern, in welcher Richtung unser politisches Interesse liegt, aber ich kann mich nicht enthalten zu sagen, daß das, was für England wahr ist, noch mehr für uns gilt. Der Norden Persiens ist eine neue Mandchurei und kann ohne Krieg von uns nicht absorbiert werden — und was für ein Krieg! Wenn ich diese Frage so ausführlich behandle, so tue ich es nur, weil ich den Augenblick für sehr gefährlich halte. Eine militärische Intervention unsererseits muß eine ähnliche Maßregel von seiten Englands hervorrufen; wir können nicht verlangen, daß es von einer solchen absieht, und in diesem Augenblick würde das gefährliche Kondominium beginnen. Erlauben Sie mir zu wiederholen, was ich Ihnen bereits geschrieben habe: dadurch, daß wir unsere Besetzung Kaswins zum Gegenstand von Verhandlungen mit der persischen Regierung gemacht haben, haben die vielen politischen Intriganten in Teheran eine für uns gefährliche Waffe in die Hand bekommen, denn diese Leute müssen ja im Grunde genommen einsehen, daß die Besetzung von Kaswin ihrer Sache nur nützt. Sie haben alles Interesse daran, daß der gegen uns gerichtete wilde und blinde Fanatismus der Massen sich noch verstärkt. Die persische Regierung verfügt dadurch über ein Argument, das es bald im persischen Parlament, bald bei den andern Mächten benutzt. Und wenn man ihr entgegnet, daß die Anwesenheit der russischen Truppen nur dazu dient, die allgemeine Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten, so kann sie jetzt antworten, daß dies nicht wahr ist, denn Rußland benutzt die Verhandlungen über die Zurückziehung der Truppen, um Vorteile für sich auszubedingen.

Die Absicht, Angehörige von Großmächten in persischen Diensten anzustellen, ist ein deutlicher Beweis, wie sehr Persien bereits nach auswärts blickt. Italien wird sich vielleicht weigern. Dieses Land liebt nicht direkte Konflikte. Aber kann man dasselbe von allen Mächten sagen? Ehe man sich zu dem einen oder andern Mittel entschließt, muß man sich fragen, ob der Gang der

Ereignisse uns nicht zu einer direkten und durchgreifenden Einmischung in die persischen Angelegenheiten führen wird.

Telegramm des russischen Außenministers Sazonow an den russischen Geschäftsträger in London vom 13./26. September 1910. — Nr. 1420.

Ich habe in diesen Tagen dem englischen Geschäftsträger erklärt, daß in Anbetracht der Ungeneigtheit der Perser, unsere berechtigten Ansprüche zu erfüllen, und der Unmöglichkeit, selbst unwichtige laufende Fragen zu erledigen, ich voraussehe, daß wir auf Persien einen Druck ausüben werden müssen, und ich habe ihn gefragt, ob das Londoner Kabinett unsere Ansicht teile. D'Veirne hat bei Grey angefragt und mir geantwortet, letzterer stehe einem Plane eines gemeinsamen Druckes eher ablehnend gegenüber. Ich habe erwidert, daß ich nicht auf meiner Ansicht bestehen werde, um unser Einvernehmen in persischen Fragen nicht zu stören, daß ich aber wahrscheinlich gezwungen sein werde, selbständig zu Zwangsmaßnahmen zu greifen, so z. B. würden wir uns weigern, den Persern eine Ausnahme von der allgemeinen Regel des Verbotes des Transites durch den Kaukasus zu gestatten usw. usw.

Telegramm des russischen Geschäftsträgers in London an den russischen Außenminister Sazonow vom 15./28. September 1910. — Nr. 242.

Ihr Telegramm Nr. 1420 erhalten. Von der Erwägung ausgehend, daß eine Störung des englisch-russischen Einvernehmens in Persien unzulässig ist, hat Grey dem englischen Gesandten in Teheran telegraphiert, er solle seinen russischen Kollegen bei den Verhandlungen mit der persischen Regierung unterstützen, unter der Voraussetzung, daß unsere Truppen in nächster Zeit abberufen werden. Da England auf diese Weise wahrscheinlich zu energischeren Maßnahmen in Persien greifen wird, so wird es seine Bewachungstruppen in Südpersien verstärken müssen.

Telegramm des russischen Außenministers Sazonow an den russischen Gesandten in Teheran vom 16./29. September 1910.

Der englische Geschäftsträger hat mir gestern gesagt, Grey könne keine Meinungsverschiedenheit in persischen Fragen zu-

lassen und habe die Absicht, sich streng an unser Einvernehmen zu halten. Er ist zu einem gemeinsamen Druck auf die Perser bereit und erwartet, daß wir ihn unsererseits in der Frage des Schutzes der südpersischen Straßen unterstützen.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den russischen Außenminister Sazonow vom 18. Sept. / 1. Oktober 1910.

Der englische Gesandte hat kategorische Weisungen erhalten, unsere Forderungen zu unterstützen. Grey fügt hinzu, die Solidarität der beiden Gesandtschaften wäre wichtiger als alle Erwägungen bezüglich der Erhaltung des jetzigen persischen Ministeriums.

Sehr geheimer Brief des russischen Außenministers Sazonow an den russischen Gesandten in Teheran vom 25. Sept. / 8. Okt. 1910. — Nr. 884.

Wie Ihnen bereits bekannt, ist es uns geglückt, das Londoner Kabinett dazu zu bewegen, einen gemeinsamen Druck auf die persische Regierung auszuüben, um letztere zu veranlassen, die Bedingungen anzunehmen, unter denen wir unsere Truppen aus Kaswin abberufen werden, und auch um möglichst schnell die Frage der Konversion und Unifikation der unserer Bank geschuldeten Summe zu erledigen.

Sir Edward Grey hat dem englischen Gesandten in Teheran die nötigen Instruktionen zukommen lassen und auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich dem Geiste des russisch-englischen Abkommens anzupassen und keine Meinungsverschiedenheit in bezug auf grundsätzliche Fragen der persischen Politik zuzulassen.

Ich stütze mich auf Erwägungen, die einer sicheren Grundlage nicht entbehren, wenn ich sage, daß das Londoner Kabinett die englisch-russische Konvention vom Jahre 1907 als bedeutsam für die asiatischen Interessen Englands betrachtet; daß dieses Abkommen für England im Sinne der englischen europäischen Politik jedoch noch eine viel größere Bedeutung hat. Infolgedessen brauchen wir keinen Zweifel zu haben, daß die englischen politischen Kreise wirklich den Wunsch haben, das englisch-russische Abkommen genau einzuhalten.

Diese Erwägungen haben für uns eine große Bedeutung, da wir überzeugt sein können, daß die Engländer, in Europa politische Ziele vitaler Bedeutung verfolgend, im Notfall auf einige Interessen in Asien verzichten werden, nur um die für sie so wichtige Konvention mit uns zu erhalten. Aus diesem Umstände können wir natürlich Nutzen für uns ziehen, so z. B. in der persischen Politik.

Wir müssen augenblicklich abwarten, welche Resultate die gemeinsamen Schritte, welche Sie mit Ihrem englischen Kollegen unternehmen, zeitigen werden. Wenn die Perser unsere Bedingungen annehmen, wollen wir unsere Truppen aus Persien abberufen. Vielleicht wird dies endlich eine grundsätzliche Änderung in der persischen Politik hervorrufen und wir werden dann jene Unmenge von unerledigten Fragen, die sich im Laufe der letzten Jahre angehäuft haben, in normaler Weise erledigen können. Ich muß jedoch sagen, daß ich wenig Hoffnung habe, die Perser werden sich nachgiebig zeigen, da sie augenscheinlich die Fähigkeit verloren haben, sich der veränderten politischen Lage anzupassen. Wenn wir trotzdem einen letzten Versuch machen, so geschieht es aus dem Wunsche, einer unnormalen Situation ein Ende zu setzen, welche uns zwingt, unsere Truppen ohne irgendwelchen Nutzen in Persien zu halten, und auch um alle Mittel einer friedlichen Beilegung der Frage zu erschöpfen, ehe wir zu energischen Maßnahmen schreiten. Auf alle Fälle können wir nicht zulassen, daß die Dinge so weitergehen wie bisher. Wir können nicht länger eine Lage der Dinge zulassen, bei der nicht nur die Interessen, sondern auch die Autorität und das Prestige Rußlands leiden. Aus diesem Grunde werden wir zu Zwangsmaßnahmen greifen müssen, wie ich dies bereits in meinem Telegramm Nr. 1420 erwähnt habe, wenn dieser unser letzter Versuch nicht zu einem Ergebnis führt.

Wie gesagt, glaube ich nicht, daß es ohne einen Druck auf die persische Regierung abgehen wird. Auf alle Fälle muß der genaue Plan dieser Maßnahmen genau ausgearbeitet werden, um sie nötigenfalls sofort zur Anwendung zu bringen. Vor allem werden wir hierbei im Auge haben müssen, daß diese Maßnahmen nicht dazu dienen sollen, uns in bestimmten konkreten Fragen Genugtuung zu verschaffen, sondern sie sollen die Perser über-

zeugen, daß man sich unsern Wünschen nicht beständig widersetzen darf und daß sie ihre demonstrative unfreundliche Politik uns gegenüber in Zukunft aufzugeben haben. Deshalb müssen unsere Maßregeln nicht den Charakter einer Übereinkunft mit den Persern annehmen. Wir müssen mit ihnen nicht zu handeln anfangen, sondern wir müssen sie davon überzeugen, daß wir unser freundschaftliches Verhältnis zu Persien nicht wiederherstellen werden, wenn sie uns diese oder jene Konzession erteilen, sondern nur, wenn ihre ganze Politik uns gegenüber grundsätzlich geändert wird.

Ich gehe auch von der Erwägung aus, daß Persien unser viel mehr bedarf als wir seiner, und wir haben genug Mittel, den Persern diese Erkenntnis beizubringen. Ich nehme an, wir könnten zu diesem Zwecke mit einem System kleinerer Unannehmlichkeiten anfangen, z. B. indem wir uns weigern, ihre beständigen Bitten um zollfreie Einfuhr verschiedener Gegenstände für den Hof und die Regierung zu erfüllen; indem wir systematisch die Anerkennung der neuernannten persischen Konsuln verweigern; indem wir persischen Beamten keine russischen Orden mehr verleihen; indem wir von der hiesigen persischen Gesandtschaft energischer als bisher verlangen, daß sie die Miete für das Gesandtschaftsgebäude und die Auslagen für Telegraphengebühren bezahlt; indem die Ausgabe von Einfuhrbewilligungen von Häuten usw. nach Rußland verweigert wird. Sodann könnte man zu wichtigeren Maßnahmen greifen, indem man der persischen Regierung den Verkauf oder den Transit der für Persien jetzt so wichtigen Waffen und Munition verweigert; Schwierigkeiten bei der Einfuhr persischer Gegenstände nach Rußland unter dem Vorwande sanitärer Maßnahmen; die Entsendung von kleinen Abteilungen zum Schutze der Liegenschaften unserer Untertanen in Persien; keine Darlehen und andere finanzielle Operationen im Einvernehmen mit unserm Finanzministerium, was für die Perser ganz besonders empfindlich sein wird. Dies bezieht sich natürlich nicht auf Zahlungen, die durch die Bedürfnisse der Kosakenbrigade hervorgerufen werden; letztere müssen wir nicht schwächen, sondern im Gegenteil stärken. Endlich, wenn dies alles nicht wirkt, können wir zu denjenigen äußersten Maßnahmen schreiten, die in Ihrem Telegramm Nr. 177

erwähnt sind, d. h. uns weigern, irgendwelche Beziehungen zum Ministerium zu unterhalten; erklären, daß unsere Truppen nicht nur nicht abberufen, sondern im Gegenteil verstärkt werden; die Bezahlung der Schulden verlangen, die Zollämter besetzen und schließlich drohen, daß wir in Teheran einrücken werden. Natürlich ist es wünschenswert, diese äußersten Maßnahmen womöglich zu vermeiden. Ich teile aber Ihre Ansicht, daß es nicht so weit kommen wird und daß der Widerstand der Perser gebrochen sein wird, ehe wir diese ganze Reihe von Zwangsmaßnahmen erschöpft haben werden.

Die von mir in Vorschlag gebrachten Maßnahmen sollen natürlich nur zum Beispiel dienen und ich überlasse es völlig Ihnen, einen genauen Plan vorzuschlagen, da Sie mit den örtlichen Verhältnissen besser bekannt sind. Ich bitte Sie daher, uns Ihre Ansicht so bald wie möglich mitzuteilen, wenn nötig auf telegraphischem Wege, wenn der Augenblick der Anwendung der Zwangsmaßregeln Ihnen nahe bevorstehend erscheint. Man muß dabei im Auge behalten, daß einige von den in Aussicht genommenen Maßnahmen längere Zeit in Anspruch nehmen werden, da man sich betreffs ihrer Ausführung an die verschiedenen dabei beteiligten Ressorts wird wenden müssen. Auch bitte ich Sie, von solchen Maßnahmen abzusehen, die unserm Handel mit Persien schaden würden, und wenn möglich auch von solchen, die hauptsächlich die ärmere persische Bevölkerung treffen würden, z. B. die periodisch nach Rußland kommenden Arbeiter, da es ungerecht wäre, die Vergehen der persischen Regierung solchen Leuten fühlbar zu machen. Diese Erwägung hat mich auch veranlaßt von Zwangsmaßregeln abzusehen, die an und für sich sehr wirksam wären, nämlich die Wiederherstellung der Paßgebühren zugunsten des Roten Kreuzes und die Weigerung, persische Pässe überhaupt zu visieren.

Natürlich könnten wir viel eher auf einen Erfolg rechnen, wenn der Druck auf Persien nicht von uns allein, sondern auch von England ausgeübt werden würde. Ich sehe jedoch keine Möglichkeit, England in der jetzigen Zeitlage zu veranlassen, an unserm System von Zwangsmaßregeln teilzunehmen. Andererseits bin ich überzeugt, daß die jetzige Handlungsweise der Perser nicht nur uns, sondern auch den Engländern schadet, da sie

Persien uns beiden entfremdet und dem Eindringen deutschen Einflusses Vorschub leistet, was ebensowenig den unsrigen wie den englischen Interessen entspricht. Wenn es Ihnen gelingen würde, den englischen Gesandten in Teheran zu überzeugen, so würden dessen Berichte nach London Grey vielleicht bewegen, sich uns anzuschließen. Dies ist aber bloß ein Gedanke, und ich weiß nicht, ob Sie ihn werden ausführen können. Aber ich halte es natürlich nicht für nötig, daß Sie Ihrem englischen Kollegen alle Einzelheiten unseres Planes mitteilen, noch weniger, daß Sie die Einzelheiten mit ihm zusammen ausarbeiten, da dieses nur zur Folge haben könnte, ihn in seinem Widerstande gegen unser System zu bestärken.

Telegramm des russischen Gesandten in Teheran an den russischen Außenminister vom 13./26. Oktober 1910.

Ihren Brief Nr. 884 erhalten. Meine bisherigen Einwirkungen, wobei ich bis jetzt vom englischen Gesandten unterstützt worden bin, haben noch kein Resultat ergeben. Gestern hat mir das Ministerium einen Vorschlag gemacht, der zwar einen Schritt vorwärts bedeutet, aber doch nicht annehmbar ist, so daß ich mich geweigert habe, denselben Ihnen zu unterbreiten, obwohl ich es natürlich per Post tun werde. Immerhin scheint man in hiesigen politischen Kreisen die Notwendigkeit einzusehen, normale Beziehungen zu uns herzustellen, um so mehr als im ganzen Lande Unruhen ausbrechen und man glaubt, daß diese Unruhen von uns unterstützt würden. Erfreulicher sind die Verhandlungen über die Konversion, die Hoffnung auf den baldigen Fall des Ministeriums und die Ankunft des Regenten. Um die persische Regierung zur Nachgiebigkeit zu zwingen, halte ich es für nötig, auf meinen jetzigen Vorstellungen zu bestehen und mich gleichzeitig einer Besprechung aller anderen laufenden Fragen zu enthalten. Die von Ihnen genannten Zwangsmaßnahmen erster und zweiter Kategorie können nicht auf einmal eine starke Wirkung hervorbringen, da man eine günstige Gelegenheit abwarten muß, um sie anzuwenden. Es ist aber wünschenswert, den Persern den Transit aller Gegenstände und auch der Waffen und Patronen zu verweigern; ferner müssen wir nicht nur die persi-

schen Konsuln, sondern auch die uns nicht genehmen Gouverneure und andere Beamte nicht anerkennen, Bezahlung von der persischen Gesandtschaft in Petersburg verlangen, im Kampfe zwischen Regierung und Revolutionären eine neutrale Haltung einnehmen und endlich Persien keinerlei finanzielle Hilfe erweisen. Ferner könnten wir Mukhbir völlig ignorieren und ich könnte in einzelnen Fällen selbständig handeln, um die verletzten Rechte russischer Untertanen wiederherzustellen. Die Maßnahmen hinsichtlich der Güte sind nicht wünschenswert, da sie nur die persischen Kaufleute und nicht die Regierung treffen würden; auch Repressalien gegen die persische Einfuhr nach Rußland wären nur unserm Handel schädlich. Falls unsere Beziehungen zu Persien sich zuspitzen und wenn die Regierung des Schahs fortfahren würde, unsere Rechte zu verletzen, so wäre das wirksamste Mittel, um der großen Masse der Bevölkerung die Situation fühlbar zu machen, unsere Grenze völlig zu schließen. Die von Ihnen erwähnten äußersten Maßnahmen ergeben sich dann als logische Folge. Meine persönliche Ansicht ist jedoch, daß die Perser schon früher nachgeben werden, und die möglichst baldige Ankunft des Regenten würde die Lage erleichtern.